



# Informationskontrolle im Internet

---

Bachelorarbeit

**Autor: Nys Hatzakis**

**Erstprüfer: Prof. Peter Gottschalk**

**Zweitprüfer: Dipl.-Jur. Jendrik Adam**

**Studiengang: Film und Fernsehen**

**Seminargruppe: TVP 09W**

Abgabedatum: 22.01.2014

Fakultät Medien

Matrikelnummer: 29278

# Informationskontrolle im Internet

---

Bachelorarbeit

**Autor: Nys Hatzakis**

**first examiner: Prof. Peter Gottschalk**

**second examiner: Dipl.-Jur. Jendrik Adam**

**course of studies: Film and Television**

**seminar group: TVP 09W**

closing date: 22.01.2014

Faculty of Media

matriculation number: 29278

# Inhaltsübersicht

Inhaltsübersicht .....	3
1. Einleitung .....	4
2. Historischer Hintergrund der Zensur .....	5
3. Begriffserklärungen .....	8
3.1. Meinungsfreiheit und Informationsfreiheit .....	9
3.2. Pressefreiheit .....	10
3.3. Recht auf Informationelle Selbstbestimmung .....	11
3.4. Zensur .....	12
3.5. Medienmanipulation .....	13
4. Entstehung und Entwicklung des Internets .....	14
5. Informationskontrolle im Internet .....	16
5.1. Verschiedene Aspekte der Interessensgruppen .....	16
5.1.1. Staat .....	17
5.1.2. Wirtschaft .....	19
5.1.3. Internetuser .....	21
5.1.4. Gesellschaft .....	22
5.2. Instrumente der Informationskontrolle .....	23
5.2.1. Verbot des Internets auf nationaler Ebene .....	23
5.2.2. Filtersysteme im Internet .....	24
5.2.3. Verwaltungswesen und Zugangshürden .....	28
5.2.4. Selbstzensur .....	29
5.2.5. Sperrungen bei den Service Providern .....	30
6. Das Internationale Handelsabkommen Anti-Counterfeiting Trade Agreement ACTA .....	32
6.1. Inhalt von ACTA .....	32
6.2. Proteste und Ablehnung von ACTA .....	34
7. Gesetzesentwürfe des US- Regierung .....	35
7.1. Stop Online Piracy Act SOPA .....	36
7.2. Proteste und Ablehnung von SOPA .....	38
7.3. Cyber Intelligence Sharing and Protection Act (CISPA) .....	38
8. Schlussbetrachtung .....	39
9. Abkürzungsverzeichnis .....	40
10. Literatur- und Quellenverzeichnis .....	41
10.1. Literarische Quellen .....	41
10.2. Internet Quelle .....	42
11. Abbildungen .....	45
12. Eigenständigkeitserklärung .....	46

# 1. Einleitung

Laut Bundesverfassungsgesetz gehöre es zu den elementaren Bedürfnissen des Menschen sich aus möglichst vielen Quellen zu informieren, das eigene Wissen zu erweitern und sich so als Persönlichkeit zu entfalten. Dies ist im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschlands gesetzlich verankert.<sup>1</sup> Auch die Pressefreiheit garantiert die freie und unabhängige Meinungsäußerung, die Kritik und den freien Informationsaustausch.<sup>2</sup>

Das Bedürfnis nach Informationen in einer technisch fortschrittlichen Gesellschaft wächst stetig mit dem Fortschritt seiner Informationstechnologie.<sup>3</sup> Unter diesem Aspekt lässt sich ableiten, dass sich die Bedeutung von Informationen in unserer Gesellschaft beachtlich verändert hat.<sup>4</sup> Mit der Erfindung des Internets ist ein stetiges Wachstum des Informationsbedürfnisses des Bürgers zu beobachten. Im 21. Jahrhundert avancierte das Internet zum wichtigsten Medium unserer Informationsgesellschaft. Es ist ein nicht mehr weg zu denkender Bestandteil unseres täglichen Lebens.

Das Internet bietet Vor- und Nachteile. Auf der einen Seite ist es für den Einzelnen leichter denn je Informationen zu sammeln. Er kann sich schnell, gezielt und umfangreich informieren, indem er Zugang zu vielen Informationen hat. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr der Informationskontrolle. Die vorliegende Arbeit setzt sich mit diesem Thema auseinander.

Bei der Verwendung des Internets als Informationsquelle kann der Internetnutzer der gezielten Desinformation seitens einiger Personen oder Interessensgruppen unterliegen. Wirtschaftliche, politische, kulturelle, ethische oder religiöse Beiträge können so manipuliert werden, dass der Einzelne nicht mehr den Wahrheitsgehalt der Information feststellen kann.

Das zweite Kapitel dieser Arbeit beschreibt die historischen Hintergründe der Zensur und veranschaulicht die bedeutendsten Wendepunkte. Im dritten Kapitel werden die Begrifflichkeiten wie Informations- und Meinungsfreiheit, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sowie Zensur und Medienmanipulation erörtert. Kapitel Vier beschreibt die Entstehung und die Entwicklung des Internets. Im fünften Kapitel werden die verschiedenen Möglichkeiten der Informationskontrolle im Internet differenziert. Dabei

---

<sup>1</sup> Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 5

<sup>2</sup> Meyn, 1999, S. 36

<sup>3</sup> Niggemann, 2002, S.32

<sup>4</sup> BVerfGE 27, 71, 81

werden die Interessen des Staats, der Wirtschaft, des Internetnutzers und der Gesellschaft verdeutlicht. Des Weiteren werden in diesem Kapitel die Instrumente der Informationskontrolle beschrieben. Das Kapitel Sechs beleuchtet das internationale Handelsabkommen Anti-Counterfeiting Trade Agreement ACTA und dessen Inhalte, die einhergehende Protestbewegung zu diesem Abkommen und die darauf folgende Ablehnung. Das Kapitel Sieben erläutert den US-amerikanischen Gesetzesentwurf Stop Online Piracy Act SOPA und Cyber Intelligence Sharing and Protection Act CISPA. Hierbei werden die Interessensgruppen beschrieben, die Protestbewegungen und die Ablehnung von SOPA thematisiert.

Die Schlussbetrachtungen lassen aufgrund dieser Arbeit und der Auseinandersetzung mit dem Thema Informationskontrolle im Internet einige Schlussfolgerungen zu.

## 2. Historischer Hintergrund der Zensur

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit der geschichtlichen Entwicklung von Zensur und beschreibt eine komprimierte Übersicht von der Antike bis zur Neuzeit. Verschiedene Beispiele von Zensur oder von Zensur ähnlichen Maßnahmen werden aufgezeigt und Wendepunkte in der Geschichte betrachtet, in denen Zensur ausgeübt wurde.

Die ersten Formen der Zensur traten in der Antike auf. In der ägyptischen, griechischen und der römischen Geschichte wurde unter der Bezeichnung „*Damnatio memoriae*“<sup>5</sup> (*damnatio* = Verurteilung; *memoria* = Gedächtnis, Erinnerung) das Andenken an unwürdig gefallene Personen getilgt. Hierfür wurden Statuen und Schrifttafeln zerstört oder derart umgestaltet, dass ihre Namen aus den Analen gestrichen wurden. Nicht immer wurden die Namen vollständig ausgelöscht, sondern in diesen Fällen für die Nachwelt verunglimpft. Bis zu den höchsten Würdenträgern wie Pharaonen und Kaisern ist diese Vorgehensweise zu beobachten. Zu den bekanntesten Namen zählen heute die ägyptischen Pharaonen Hatschepsut und Echnaton, sowie die Kaiser Roms Nero und Caligula. Die Verunglimpfung von Nero und Caligula wirken bis in die moderne Geschichtsschreibung hinein. Kaiser Nero wird bis heute bezichtigt, Rom im Jahre 64 n. Chr. selbst in Brand gelegt zu haben und Kaiser Caligula gilt als wahnsinnig.

---

<sup>5</sup> <http://www.aegyptologie.com/forum/cgi-bin/YaBB/YaBB.pl?action=lexikond&id=050423131748>, Stand 29.11.2013

Der heutige Begriff Zensur wird vom Römischen Amt des Censors abgeleitet. Dem ehrenvollen Amt des Censors fielen Aufgaben zu wie die Besetzung des Senats, die Durchführung der Steuerschätzungen und nicht zuletzt auch die Sittenaufsicht über das römische Volk.

Mit der Einführung des Christentums zur Staatsreligion Anfang des 4. Jahrhunderts durch Kaiser Konstantin der Große entbrannte eine Epoche, in welcher ketzerische, häretische, alle von der Dogmenlehre der kirchlichen Konzilien abweichenden Lehren, Schriften und Bücher systematisch vernichtet wurden. Die bis heute weltberühmte Bibliothek von Alexandria ging in den Flammen von religiösen Eiferern auf. Mit ihr ist ein Großteil des Antiken Wissens für die Nachwelt verloren gegangen.

Auch Bildzerstörungen fanden schon damals statt. Im byzantinischen Bildersturm wurden im Namen der christlich orthodoxen Kirche Ikonen und religiöse Abbilder von Heiligen und religiösen Würdenträgern zerstört.

Über das gesamte Mittelalter hinweg wurden Texte, die von der herrschenden christlichen Dogmenlehre abwichen, vernichtet. Ihre Autoren erlitten oft das gleiche Schicksal.

Bereits im Jahr 496 n. Chr. wurde mit dem sogenannten „Decretum Gelasianum“<sup>6</sup> der erste Index, welcher eine Auflistung von verbotenen Schriften und Büchern beinhaltete, festgehalten. Bis 1966 aktualisierte die katholische Kirche diese Liste.

Ein weiteres Zeitalter der Zensur begann in der Mitte des 15. Jahrhunderts. Die Erfindung der Druckerpresse mit beweglichen Lettern von Johannes Gutenberg ermöglichte die massenhafte Produktion von Büchern. Mit der nun sehr schnellen und vielseitigen Verbreitung von Schriften und Büchern, Pamphleten und Aufrufen an die Bevölkerung konnte politische Meinungsbildung flächendeckend über das ganze Land stattfinden. Die Erfindung des Buchdrucks fällt in eine Zeit der religiösen Spannungen innerhalb Europas. In dieser Zeit der Reformation und Gegenreformation erließ Papst Innozenz VIII im Jahr 1487 das erste Zensuredikt. Dieses forderte für jedes Druckerzeugnis eine Genehmigung.<sup>7</sup>

Die zunächst ausschließlich von der Kirche vorangetriebene Postzensur wurde in den Wirren der Reformation von den weltlichen Machthabern übernommen.<sup>8</sup>

Im Kampf gegen die Reformation setzte sich die Präventivzensur durch. Sie ist heute auch als Vorzensur bekannt. Die Zensurmaßnahmen verschärften sich im Laufe des 16. und 17. Jahrhunderts mehrfach.

---

<sup>6</sup> Dr. Becker, 1970, S. 28

<sup>7</sup> Hartmut, Otto, 1994, S. 895

<sup>8</sup> <http://www.informatik.uni-oldenburg.de/~iug09/zen/sub/geschichte.html>, Stand 01.12.2013

Die erste nahezu uneingeschränkte Pressefreiheit genoss das revolutionäre Frankreich Ende des 18. Jahrhunderts. Auch diese Zeit der Freiheit sollte nicht lange dauern. Bereits im Jahre 1810 führte Napoleon die Zensur in Frankreich wieder ein. Besondere Aufmerksamkeit erhielt hierbei die Vorzensur.

Im Jahr 1874 wurden im Deutschen Reich erstmalig zur Regelung des Presserechts 1874 die Reichspressegesetze verabschiedet. Bereits vier Jahre später wurden sie wieder von Reichskanzler Bismarck durch die Einführung der Sozialistengesetze eingeschränkt, welche „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“<sup>9</sup> wirken sollten.

Während des 1. Weltkrieges fand nun eine massive Militärzensur statt. Sie wurde von allen beteiligten Nationen betrieben. Nach Beendigung des 1. Weltkrieges verabschiedete der Deutsche Reichstag der Weimarer Republik ein Zensurverbot.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr 1933 erfolgte sofort die Gleichschaltung der Presse und es wurde das Schriftleitergesetz erlassen. Der Kernpunkt der Zensur im nationalsozialistischen Deutschland war die Vorzensur. Die Zensurmaßnahmen wurden dann während des 2. Weltkrieges nochmals verschärft.

Die Bundesrepublik Deutschland schützt die Pressefreiheit durch Artikel 5 des Grundgesetzes.<sup>10</sup> Die Reichspressegesetze der Weimarer Republik wurden wieder eingeführt. Erst in den sechziger Jahren wurden diese Gesetze durch die Landespressegesetze der Bundesländer abgelöst.

Überwiegend wird in der Bundesrepublik auf Verweis des Staats- und Jugendschutzes Nachzensur betrieben. Ausgelöst durch die „Spiegel-Affäre“ 1962 entbrannte eine öffentliche Diskussion zum Thema Landesverrat und Pressefreiheit und weist einige Parallelen zum aktuellen Fall des whistleblowers Edward Snowden auf. Wie das Bundesverfassungsgericht im Rechtsstreit im Rahmen der „Spiegel-Affäre“ klar stellte ist die Informationsfreiheit eine institutionelle Garantie im Rahmen der Pressefreiheit.<sup>11</sup>

Im Zuge des Aufkommens des Internets und der weiten Verbreitung von Nachrichten und Informationen kann auf globaler Ebene von einer weltweit heranwachsenden Informationsgesellschaft gesprochen werden. Michael Niggemann schreibt in seinem Buch „Informationsfreiheit und Urheberrecht - Pressedatenbanken im Internet“, dass das Gut

---

<sup>9</sup> [http://www.documentarchiv.de/ksr/soz\\_ges.html](http://www.documentarchiv.de/ksr/soz_ges.html), Stand 02.12.2013

<sup>10</sup> Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 5

<sup>11</sup> Heinrich, 2013, S. 51

„Information“ zu einem bedeutenden Macht- und Wirtschaftsfaktor aufgestiegen ist. Das vielfach gebrauchte Stichwort für diese Entwicklung lautet Informationsgesellschaft.<sup>12</sup>

Das Internet als Informationsquelle der Verbraucher steht zu den anderen Quellen wie Bücher, Zeitschriften, Radio und Fernsehen in starker Konkurrenz.

Durch das Internet als Informations- und Unterhaltungsmedium lassen sich in Sekundenschnelle weltweit Daten auf digitalem Wege abrufen. Das riesige Datennetz kann genutzt werden als Informationsquelle, Archiv, Bibliothek, Videothek, Postweg, Telekommunikation, Fernsehen, Radio, Online-Einkauf und Schwarzmarkt. Das Internet wird zum Spiegel unserer Gesellschaft. Die Rezipienten können ihre Sehnsüchte, ihre Wünsche und ihre Bedürfnisse befriedigen. Im Jahre 2002 waren 19,8% der Deutschen täglich im Internet. Der Anteil der täglichen Internetkonsumenten im Jahr 2010 stieg auf 53,2 %.<sup>13</sup> Die tägliche Internet Nutzungsdauer der über 14 Jährigen betrug 2013 durchschnittlich 169 Minuten.<sup>14</sup>

Mit dieser Entwicklung einhergehend treten neue Aufgaben- und Problemstellungen auf. Eines davon ist die Möglichkeit über das Medium Internet Zensur zu betreiben. Politische und wirtschaftliche Interessen sind hierbei maßgebend.

### 3. Begriffserklärungen

Hier werden einige Begrifflichkeiten, welche für die Arbeit von Relevanz sind, erläutert. Begriffe wie Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit, Pressefreiheit, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, Zensur oder Medienmanipulation werden anhand von verschiedenen Definitionen und Gesetzesauszügen näher ausgeführt.

---

<sup>12</sup> Niggemann, 2002, S.1

<sup>13</sup> <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/165375/umfrage/anteil-der-taeglichen-internetnutzer-in-deutschland-seit-2002/>, Stand 04.01.2014

<sup>14</sup> <http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/>, Stand 04.01.2014



## 3.1. Meinungsfreiheit und Informationsfreiheit

Die Meinungsfreiheit wird im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschlands und von den verschiedensten Organisationen und Institutionen als eines der wichtigsten Menschenrechte definiert. Es steht außer Frage, dass die Meinungsfreiheit auch im Internet eines der höchsten Menschenrechte sein sollte.

Meinungsfreiheit wird in den meisten Verfassungen gemeinsam mit der Informationsfreiheit genannt. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland lautet Artikel 5:

*„(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.*

*(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.*

*(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.“<sup>15</sup>*

Die Informationsfreiheit wird folgendermaßen definiert: Dem Rezipienten steht es zu, sich jederzeit ungehindert aus allgemein zugänglichen Quellen zu informieren.

*„Informationsfreiheit ist die Freiheit, sich selbst aus allgemein zugänglichen Quellen zu unterrichten und schützt die ungehinderte Kenntnisnahme von Informationen, einschließlich aller Bemühungen, sich solche zu verschaffen. Allgemein zugänglich ist eine Quelle dann, wenn sie technisch dazu geeignet und von dem berechtigten Inhaber der Quelle dazu bestimmt ist, von der Allgemeinheit wahrgenommen zu werden.“<sup>16</sup>*

Die Vereinten Nationen definieren in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte diese beiden Grundrechte wie folgt:

*„Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art*

---

<sup>15</sup> Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 5

<sup>16</sup> <http://www.rechtswoerterbuch.de/recht/i/informationsfreiheit/>, Stand 12.01.2014

*und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“<sup>17</sup>*

Meinungsfreiheit und Informationsfreiheit sind die Grundpfeiler der Demokratie und bilden die Basis der Grundrechte. Meinungsfreiheit basiert auf dem Recht auf Information. Beide Rechte sind existenziell, um sich gegen die Beschneidung anderer Grundrechte zur Wehr zu setzen. Nur dort, wo es möglich ist, dass der Mensch sich ungehindert freien Zugang zu Informationen verschaffen kann, indem diese zur Verfügung gestellt werden, kann er sich eine eigene Meinung bilden und ein mündiger Bürger sein.

Meinungsfreiheit und Informationsfreiheit unterliegen aber auch gewissen Einschränkungen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschränkt die Meinungsfreiheit und Informationsfreiheit dort, wo Rechte dritter Personen verletzt werden:

*„Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.“<sup>18</sup>*

In den meisten Verfassungen finden sich ähnliche Einschränkungen der Meinungsfreiheit.

In totalitären Regimen werden Meinungs- und Informationsfreiheit primär beschnitten um regimiekritische Meinungsäußerungen direkt zu unterdrücken.

## **3.2. Pressefreiheit**

Der Begriff Presse bezeichnet alle Medien, die zur Verbreitung von Inhalten geeignet sind unabhängig von Auflage oder Umfang. Die Pressefreiheit soll gewährleisten, dass eine öffentliche Meinungsbildung entstehen kann. Sie garantiert die freie inhaltliche Ausrichtung und Form der Presseerzeugnisse sowie den Schutz von Informanten und das Redaktionsgeheimnis. Die Pressefreiheit ist im Grundgesetz in Artikel 5 verankert:

*„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die*

---

<sup>17</sup> UN, „Universal Declaration of Human Rights“, deutsche Version: „Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte“, UN-Resolution 217 A (III) vom 10.12.1948

<sup>18</sup> Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 5, Absatz 2

*Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.*<sup>19</sup>

Im Gegensatz zu dieser Gesetzesformulierung von 1949 wird 1965 im Spiegel die Auslegung dieses Gesetzes von Paul Sethe anders kommentiert.

*„Im Grundgesetz stehen wunderschöne Bestimmungen über die Freiheit der Presse. Wie so häufig, ist die Verfassungswirklichkeit ganz anders als die geschriebene Verfassung. Pressefreiheit ist die Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu Verbreiten.“*<sup>20</sup>

Die Kommunikation der Medien wirkt meinungsbildend auf die Rezipienten. Nur informierte Bürger können sich eine fundierte Meinung bilden. Deshalb gilt für die Grundvoraussetzung einer freien Presse, dass die Arbeit von Journalisten und Redaktionen nicht behindert werden darf. Reporter ohne Grenzen definieren die Pressefreiheit wie folgt:

*„Informationen sind der erste Schritt zu Veränderungen – deshalb fürchten nicht nur autoritäre Regierungen eine freie und unabhängige Berichterstattung. Wo Medien nicht über Unrecht, Machtmissbrauch oder Korruption berichten können, findet auch keine öffentliche Kontrolle statt, keine freie Meinungsbildung und kein friedlicher Ausgleich von Interessen. Pressefreiheit ist die Basis einer demokratischen Gesellschaft.“*<sup>21</sup>

### **3.3. Recht auf Informationelle Selbstbestimmung**

Die informationelle Selbstbestimmung ist das Recht jedes Einzelnen eigenständig über seine personenbezogenen Daten zu verfügen. In einer digitalisierten Welt, in der das Internet die wohl wichtigste Rolle im Informationszeitalter einnimmt, gewinnt die informationelle Selbstbestimmung massiv an Relevanz, da Datenerhebungen im Internet mit minimalem Aufwand betrieben werden können.

Das Bundesverfassungsgericht hat 1983 im „Volkzählungsurteil“ das Recht auf informationelle Selbstbestimmung als ein grundsätzliches Datenschutzgesetz genannt. So heißt es im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.12.1983 wie folgt:

---

<sup>19</sup> Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 5, Absatz 1

<sup>20</sup> Paul Sethe, Der Spiegel Nr. 19, 5.5.1965, S. 17

<sup>21</sup> <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/ueber-uns/pressefreiheit-warum/>, Stand 29.12.2013

*„Unter den Bedingungen der modernen Datenverarbeitung wird der Schutz des Einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten von dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht des GG Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit GG Art. 1 Abs. 1 umfasst. Das Grundrecht gewährleistet insoweit die Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen.“<sup>22</sup>*

Die informationelle Selbstbestimmung wird durch die höchsten Grundrechte auf Freiheit und Menschenwürde im Grundgesetz geschützt. Nur in einem bestimmten Fall darf die Verfügungsgewalt über die eigenen Daten eingeschränkt werden und zwar bei einem überwiegend allgemeinem Interesse, welches im Rahmen des Grundgesetzes und verhältnismäßig sein muss.<sup>23</sup>

### 3.4. Zensur

Der Begriff Informationskontrolle wird auch als Synonym für Zensur verwendet. Sie wird in der Regel von Staaten oder Organisationen, die unter staatlicher Kontrolle stehen, betrieben mit dem Ziel unerwünschte Inhalte vorab zu boykottieren oder zu verfälschen. Die Zensur wird dafür eingesetzt den Einflussbereich geistiger, moralischer oder religiöser Werte eines bestimmten Kulturkreises auf die eigene Kultur zu entziehen. Separat hierzu werden „erwünschte Inhalte“ hervorgehoben. Besonders betroffen von Zensur sind die berichterstattenden Medien wie Presse, Rundfunk und das neue digitale Medium Internet. Künstlerische Inhalte unterliegen auch oftmals der Zensur.

Bis zu einem bestimmten Grad wird ebenfalls in den westlichen Demokratien Zensur betrieben.

In Deutschland ist das Recht auf Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit durch das Grundgesetz gewährleistet. Im zweiten Absatz von Artikel 5 des Grundgesetzes wird die noch im ersten Absatz garantierte Meinungsfreiheit bereits wieder eingeschränkt:

---

<sup>22</sup>[http://www.bfdi.bund.de/DE/GesetzeUndRechtsprechung/Rechtsprechung/BDSGDatenschutzAllgemein/Artikel/151283\\_VolkszaehlungsUrteil.html;jsessionid=28FC7B50A880972DCCFD1EA0CD0D04A0.1\\_cid136?nn=1236576](http://www.bfdi.bund.de/DE/GesetzeUndRechtsprechung/Rechtsprechung/BDSGDatenschutzAllgemein/Artikel/151283_VolkszaehlungsUrteil.html;jsessionid=28FC7B50A880972DCCFD1EA0CD0D04A0.1_cid136?nn=1236576), Stand, 29.12.2013

<sup>23</sup>[http://www.bfdi.bund.de/DE/GesetzeUndRechtsprechung/Rechtsprechung/BDSGDatenschutzAllgemein/Artikel/151283\\_VolkszaehlungsUrteil.html;jsessionid=28FC7B50A880972DCCFD1EA0CD0D04A0.1\\_cid136?nn=1236576](http://www.bfdi.bund.de/DE/GesetzeUndRechtsprechung/Rechtsprechung/BDSGDatenschutzAllgemein/Artikel/151283_VolkszaehlungsUrteil.html;jsessionid=28FC7B50A880972DCCFD1EA0CD0D04A0.1_cid136?nn=1236576), Stand 29.12.2013

*„Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.“<sup>24</sup>*

Trotz dieser Einschränkung und der Selbstzensur, der Journalisten unterliegen, kann in Deutschland nicht von einer staatlich organisierten Zensur gesprochen werden. In manchen Fällen werden Inhalte von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien als jugendgefährdend eingestuft, was zur Konsequenz hat, dass sie weder beworben, verbreitet oder gar an Jugendliche verkauft werden dürfen.

### 3.5. Medienmanipulation

Medienmanipulation beschreibt die Einflussnahmen auf Medienberichte. Das Ziel der Einflussnahme kann von Desinformation bis hin zur aktiven Beeinflussung reichen.

So werden oftmals Fakten von Journalisten oder Redaktionen in ihrem Interesse verzerrt. Aus diesem Grund steht die Medienmanipulation im Widerspruch zum Pressekodex des deutschen Presserates, zu dem sich die Journalisten in Deutschland verpflichtet haben. Im Pressekodex steht:

*„Die Achtung vor der Wahrheit, die Wahrung der Menschenwürde und die wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberste Gebote der Presse.“<sup>25</sup>*

Jedoch ist die Medienmanipulation eines der häufigsten Beispiele für die direkte Einflussnahme auf die Presse.

Medienmanipulation in diesem Sinne ist abzugrenzen vom Phänomen der subjektiven menschlichen Wahrnehmung, die vom Philosophen Jürgen Habermas beschrieben wird und der behauptete, Objektivität sei unmöglich.<sup>26</sup> Hier wird eine Verzerrung der Objektivität unwillkürlich durch menschliche Individuen geschaffen. Dieses Problem wird noch dadurch verstärkt, dass objektive Berichterstattung vielen Autoren schwer zu Fallen scheint. Eigene

---

<sup>24</sup> Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 5, Absatz 2, Stand 27.12.2013

<sup>25</sup> <http://www.presserat.info/inhalt/der-pressekodex/pressekodex.html>, Stand 10.01.2014

<sup>26</sup> Habermas, 1968

Ansichten und persönliche Meinungen beeinflussen die Auswahl der Themen und den Stil der Berichterstattung und damit wird eine objektive Berichterstattung unmöglich.

Der Internetuser kann die Richtigkeit der Quellen nicht immer einschätzen oder beurteilen. Jeder Internetnutzer hat die Möglichkeit beliebig viele Beiträge in Foren, Blogs und Gästebüchern zu lesen und selbst zu veröffentlichen. Es geht diesen Usern oft mehr darum sich auszutauschen, sich emotional in Foren zu verbinden als um die Richtigstellung von Fakten und Tatsachen. Quellenangaben finden kaum noch statt. Dadurch werden wichtige Sachverhalte und Hintergrundinformationen nicht genannt beziehungsweise verfälscht dargestellt. In dieser Form der Kommunikation vermindert sich der Anspruch auf informativem Wahrheitsgehalt. Meinungen werden gebildet und der einzelne Verbraucher kann nicht mehr unterscheiden zwischen Meinungsbildung, Information und dem Anspruch von Wissenschaftlichkeit.

## 4. Entstehung und Entwicklung des Internets

Das Internet stammt vom US- amerikanischen ARPANET ab. ARPA war ein Forschungsnetzwerk von dem US-Verteidigungsministerium und wurde 1962 unter der Leitung des Michigan Institute of Technology entwickelt und bis 1969 realisiert. Der Auftraggeber war die US-Airforce.<sup>27</sup> Zu Beginn waren nur vier Forschungseinrichtungen miteinander verbunden: das Stanford Research Institute, die Universität von Utah und die Universität von Kalifornien mit zwei Standorten. Eine heutzutage weitverbreitete Legende besagt, dass das ARPANET während des "Kalten Krieges" als dezentralisiertes Kommunikationsnetz für den Fall eines Atomkriegs entwickelt wurde.

Eine bekannte, jedoch falsche These des Forschers Paul Baran, der an einer Studie der Nonprofit-Organisation Research and Development (RAND) gearbeitet hat, besagt, dass das ARPANET von vornherein peripher, das heißt ohne Zentralserver entwickelt und angeordnet wurde, um vor einem nuklearen Krieg vorsorglich geschützt zu sein. Auf die Frage der US-Behörden, wie die Kommunikation im Falle eines Atomkriegs aufrecht bestünde, antwortete Baran, im Namen der RAND-Studie dürfe das Kommunikationsnetz

---

<sup>27</sup> <http://www.enzyklo.de/Begriff/ARPANET>, Stand 03.12.2013

nicht zentral sein und müsse redundant und technisch digital sein. Das war damals Barans Beschreibung für das noch nicht entwickelte Internet.<sup>28</sup>

Gegen die Atomkriegsthese spricht, dass das ARPANET sich in erster Hinsicht mit zivilen Forschungen, die dem Bürger dienten, befasste. Insbesondere wurde das ARPANET bekannt aufgrund der Entwicklung seines E-Mail-Dienstes.

Resultierend aus der Tatsache, dass zunehmend Forschungsinstitute und Universitäten in den Vereinigten Staaten von Amerika und in weiteren Ländern mit dem ARPANET verbunden wurden, stieg das Datenvolumen um ein Vielfaches. Bereits im Jahre 1971 kam es über das ARPANET zu einer Datenflut, die größtenteils durch den E-Mail-Verkehr entstand. Mit der Entstehung des TCP/IP-Protokolls wurde das von der US-amerikanischen Regierung unterstützte Projekt des ARPANETs als ziviles Kommunikationsnetzwerk beendet und vom TCP/IP-Protokoll abgelöst. Jedoch wurde das ARPANET weiterhin an Universitäten verwendet und nicht überall in den USA endgültig abgeschaltet. Mitte der siebziger Jahre gab es bereits 65 Knotenpunkte.<sup>29</sup>

Erstmalig wurden die Computer für den privaten Gebrauch für einen erschwinglichen Preis in elektronischen Fachgeschäften angeboten. Das Internet konnte per Einwahl über ein Modem daheim genutzt werden.

Ende der 1970er und -80er Jahre wurden eine Reihe von auch heutzutage noch relevanten Internetdiensten und -standards entwickelt. Ein Beispiel dafür ist das Usenet.

Die Adressenvergabe von User@host.domain, die Vergabe der Länder-Domains durch die IANA und das Aufkommen der ersten Online-Kommunikationsdienste wie zum Beispiel AOL oder CompuServe geschah 1988. Zum gleichen Zeitpunkt wurden die Netzwerke anderer Länder, die in keiner Abhängigkeit zum ARPANET standen, wie beispielsweise das europäische EUNet oder das japanische JUNet mit dem Internet verbunden. 1990 wurde das ARPANET unter dem Beschluss der US-Regierung abschließend flächendeckend abgeschaltet. Die kommerziellen Anbieter, die Internet Service Provider, erhielten von der Regierung den Auftrag, die Netzwerkinfrastruktur aufzubauen und zu erhalten.

In den frühen neunziger Jahren entstand das World Wide Web, welches Inhalte durch Hypertext verknüpfte. Es gewann rasch an Popularität durch den Webbrowser Mosaic und der textbasierten Auszeichnungssprache HTML. Hierdurch war es erstmals möglich nach Einwahl über einen Internet Service Provider beispielsweise Text- und Grafikinformationen

---

<sup>28</sup> <http://www.rand.org/about/history/baran.html>, 04.12.2013

<sup>29</sup> Rentrop, 2006, S. 21

von jedem beliebigen Computer aufzurufen. Der vereinfachte Zugriff auf Informationen sorgte für ein rasantes Wachstum des World Wide Webs. Im Selben Jahr programmierte der MIT-Student Mathew Gray die erste Suchmaschine unter dem Namen The Wanderer<sup>30</sup>. Damit waren die Grundsteine des uns heute bekannten Internets gelegt. Die vorhandenen Standards werden bis heute weiter entwickelt und durch neue Dienste ergänzt zum Beispiel Programmiersprachen wie Java-Skript, ECMA-Skript oder PHP, um nur einen Bruchteil aufzuzählen. Cascading Style Sheets und Datenbanken ermöglichten bei der Darstellung einer Webseite Daten und Inhalt zu trennen. Für die Einhaltung der Standards des Internets sind nicht kommerzielle Organisationen wie IANA, ICANN und W3C zuständig.<sup>31</sup>

## **5. Informationskontrolle im Internet**

Das Internet ist der zentrale Ort des internationalen Meinungs- und Informationsaustausches. Doch die allgemeine Informationsfreiheit steht im Widerspruch zu vielen staatlichen, wirtschaftlichen und privaten Interessensgruppen. Sie versuchen, die Informationsfreiheit einzuschränken und Informationen unter ihre Kontrolle zu bringen.

### **5.1. Verschiedene Aspekte der Interessensgruppen**

Dieses Kapitel beleuchtet unterschiedliche Aspekte und Problematiken bezogen auf verschiedene Interessensgruppen. Das Interesse von Staat, Wirtschaft, Anwender und Gesellschaft wird betrachtet und eine Übersicht über die Mittel der Informationskontrolle gegeben.

---

<sup>30</sup> <http://www.suchmaschinen-online.de/technik/geschichte.htm>, Stand 27.12.2013

<sup>31</sup> <http://www.dguv.de/akademie/Bibliotheken/Internetkurs/Entstehung-des-Internets/index.jsp>, Stand 14.01.14



## 5.1.1. Staat

Die nationale Rechtsprechung gerät schnell an ihre Grenzen bei einem globalen Medium wie dem Internet. Nahezu jeder Mensch weltweit kann am Internet partizipieren. Er benötigt hierzu keinen eigenen Computer. Der Zugang zu einem Internet Café reicht bereits aus. Im Netz sind aus diesem Grund Recht und Gesetz auf die kleinste Gemeinsamkeit sämtlicher Staaten begrenzt.

Viele internationale Gemeinschaften und deren Staatsgefüge stehen im Widerspruch zueinander und damit in ihren politischen, kulturellen und religiösen Rechtsprechungen. So gibt es unterschiedliche Sichtweisen der politischen Systeme von Kapitalismus und Kommunismus, unterschiedliche Betrachtungsweisen der Werte- und der Moralvorstellungen in den Kulturen und Gegensätzlichkeit in den Religionen.

In den Vereinigten Staaten von Amerika sowie in Japan werden beispielsweise Gewalt verherrlichende Bilder in den Medien sehr offen und bevorzugt dargestellt. Hingegen ist die Darstellung von Sexualität eingeschränkt, weil die puritanische Gesetzgebung der Amerikaner diese Bilder verbietet. Dies wird in Europa ganz anders gehandhabt. Die Freizügigkeit von sexuellen Abbildungen ist unproblematisch und erst im Laufe der Zeit hat auch der europäische Markt immer mehr die Abbildungen von gewaltvollen Darstellungen übernommen.

Ein weiteres Beispiel: „*In Deutschland ist das Symbol aus dem Dritten Reich, das Hakenkreuz, verboten.*“<sup>32</sup> Die Darstellung dieses Symbols ist in vielen anderen Staaten jedoch legal.

Die wirtschaftliche Divergenz zwischen Industrienationen und den Entwicklungsländer ist eines der größten globalen Probleme.<sup>33</sup>

Die oft schwachen staatlichen Ordnungssysteme in Entwicklungs- und Schwellenländern fördern die globale Internetkriminalität und können oftmals nicht effektiv bekämpft werden. Der Mangel an internationaler Kooperationsbereitschaft blockiert die Auslieferungen der entsprechenden Personen durch internationale Haftbefehle.

---

<sup>32</sup> § 86a, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen

<sup>33</sup> Rentrop, 2006, S. 80

China nimmt das Urheberrecht nicht wirklich ernst, da es ein wirtschaftliches Interesse an Raubkopien und Plagiaten entwickelt hat und damit ein neuer Wirtschaftszweig entstanden ist, nämlich das Kopieren westlicher Produkte und die Produktion derselben.<sup>34</sup>

Öffentliche Kritik am Islam ist in vielen islamisch geprägten Ländern illegal. Die westliche Welt dagegen benutzt den Angriff auf den Islam für ihre politische Sichtweise.

In einem globalen Netzwerk können selbst die elementarsten, rechtlichen Konventionen wie die Menschenrechte ihre Bedeutung verlieren, da es Staaten gibt, die diese Richtlinien nicht anerkennen und daher kein Interesse haben sie einzuhalten. Dies bedeutet, dass das Internet aus globaler Sicht nur so rechtsverbindlich ist wie der schwächste Teilnehmerstaat es zulässt. Das Ergebnis ist, dass durch die weltweite Ausbreitung des Netzes kein Staat, ob Demokratie oder Diktatur, informell eigenständig sein kann.

Aus staatlicher Sicht wird eine Form von Informationskontrolle und damit einhergehend Zensur nahezu notwendig, da das Landesrecht auf die von allen Seiten einprasselnden ausländischen Meinungen, Ansichten und Informationen sowie die anonymen Rechtsverletzungen reagieren muss.

Besonders die Nationalstaaten stehen unter einem enormen Druck. Auf der einen Seite soll der Anschluss an das sich rasant entwickelnde Medium Internet nicht verpasst werden und auf der anderen Seite muss dafür Sorge getragen werden, dass das Internet nicht geltendes Landesrecht untergräbt.<sup>35</sup> Ein einfaches Verbot des Internets ist kaum umsetzbar. Das Internet ist über Telefonleitungen zu erreichen, wodurch sämtliche Leitungen ins Ausland gekappt werden müssten. Dies würde bedeuten, dass ein Ausschluss aus der Kommunikationsgesellschaft stattfinden würde und dies hätte meist wirtschaftliche Auswirkungen auf nationaler Ebene.

Um dieser Misere entgegen zu wirken, versuchen Staaten ihre Einflussnahme zu optimieren, indem sie die Internet Nutzer stärker überprüfen beziehungsweise kontrollieren mit der Begründung, die nationale Souveränität durchzusetzen und aufrecht zu erhalten. Seit dem 11. September 2001 werden im Rahmen der „Bekämpfung des internationalen Terrorismus“ sogar in Rechtsstaaten die Befugnisse zur Überwachung der Bevölkerung im Internet stets

---

<sup>34</sup> <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/chinesische-raubkopien-das-truegerische-stinken-der-huehner-1881905-p2.html>, Stand 15.12.2013

<sup>35</sup> Rentrop, 2006, S. 81

verschärft. In den Vereinigten Staaten von Amerika wurde der „Patriot Act“ eingeführt, welcher eine enorme Einschränkung der Bürgerrechte mit sich zog.<sup>36</sup>

In der Bundesrepublik Deutschland wurden die Sicherheitspakete I und II verabschiedet. Das Terrorbekämpfungsgesetz ist als so genannter "Beginn des Präventivstaates"<sup>37</sup> massiv kritisiert worden.

## 5.1.2. Wirtschaft

Nicht nur für den Staat entstehen bisher unbekannte Probleme mit der neu gewonnenen Informationsfreiheit über Ländergrenzen hinweg. Die Wirtschaft empfindet ebenfalls das globale Kommunikationsnetz als zwiespältig.

Um den wirtschaftlichen Aspekt zum Thema Internet sorgt sich Bill Gates. Er behauptet:

*„Wir sind noch nicht mal an der Startlinie zur Informationsgesellschaft. Aber es gibt diese Sorge in den Industrieländern, ob sie die richtige Infrastruktur haben, das richtige Ausbildungssystem und den Unternehmergeist, der erforderlich ist, um bei diesem Rennen eine führende Rolle spielen zu können.“<sup>38</sup>*

Er befürchtet damit, dass die westlichen Industrienationen ihre wirtschaftliche Vormachtstellung bezogen auf das Internet gegenüber Russland, Asien und einigen Schwellenländern nicht sichern können.

Durch die Globalisierung stoßen die Interessen dieser Länder auf die Richtlinien der westlichen Industrienationen und halten sich oftmals nicht an die Abkommen. Als Gegenreaktion beabsichtigen diese nun verschärfte Gesetzesvorlagen durchzusetzen um ihre wirtschaftlichen Interessen zu wahren. Diese Gesetzesvorlagen stehen im Widerspruch zu den Persönlichkeits- und Menschenrechten eines jeden Bürgers wie Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit, Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Damit wird das Wertesystem der Demokratie in Frage gestellt.

---

<sup>36</sup> Chang, 2004

<sup>37</sup> [https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/serien/24039384\\_debatten\\_serie/35187072\\_debatten14/index.jsp](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/serien/24039384_debatten_serie/35187072_debatten14/index.jsp), Stand 12.12.2013

<sup>38</sup> Bill Gates, 26.10.95, "Wirtschaftswoche"

Zum einen werden für Unternehmen völlig neue Möglichkeiten der Distribution und des Marketings geschaffen. Der Unterhaltungsindustrie bieten sich völlig neue Wege, denn Filme, Musik oder Videospiele können direkt online ohne kostenaufwendige Vertriebsstrukturen angeboten werden.

Es entsteht im Netz nun aber auch die Problematik der Urheberrechte und Patentrechte von Unternehmen, welche oftmals missachtet werden. Dazu gibt es ein weltweites Urheberrechts-abkommen. Die Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst von 1887 wird seit 1967 von der Weltorganisation für geistiges Eigentum WIPO verwaltet.<sup>39</sup> Die Problematik an der Berner Übereinkunft ist, dass es jedem Staat frei steht, wie schnell und in welchem Umfang Strafen verhängt werden. Besonders Staaten wie Russland und China, in denen ganze Wirtschaftszweige durch raubkopierte oder Patent missachtende Produkte florieren, greifen nur bedingt gegen Urheberrechtsverletzungen durch.<sup>40</sup> In den letzten Jahren ist aber auch hier ein stärkeres Durchgreifen seitens der chinesischen und der russischen Regierung erkennbar. Laut einer Studie der „Business Software Alliance“ waren im Jahre 2005 in China 90 % aller Software und Medienprodukte Raubkopien.<sup>41</sup> Laut der neusten Studie der „Business Software Alliance“ von 2011 beträgt der Anteil der Raubkopien immer noch ca. 60 %. Der weltweit entstandene Schaden soll nach dieser Studie bei 63 Milliarden US Dollar, nur für das Jahr 2011, liegen.<sup>42</sup>

Jedoch möchte sich die Unterhaltungsindustrie nicht nur auf staatliche Hilfe verlassen. Zunächst wurde der Kopierschutzmechanismus auf digitale Datenträger gängige Praxis. Digitale Inhalte im Netz wie zum Beispiel Musikstücke oder Filme sind durch das Digital Rights Management DRM geschützt. Bei dem Online Musikstore Apples iTunes lassen sich die Musikdateien beispielsweise nur ausschließlich mittels technischer Geräte der Eigenmarke Apple abspielen.

Die Anwendung von Kopierschutzmaßnahmen und digitalem Rechtemanagement ist teilweise umstritten, da sie die Rechte des Käufers einschränken. Zum einen wird durch den Kopierschutz das Recht des Käufers auf eine Privatkopie verwehrt. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass beim DRM System eine Art Nutzungslizenz erworben wird, die nur so lange wirksam ist, bis die Software nicht mehr vom Anbieter entwickelt wird. Hinzukommend trägt das DRM System auch zur Schaffung von Monopolen bei.

---

<sup>39</sup> [http://www.wipo.int/treaties/en/text.jsp?file\\_id=283698](http://www.wipo.int/treaties/en/text.jsp?file_id=283698), Stand 10.12.2013

<sup>40</sup> Europäische Kommission, Pressemeldung „EU-US Summit: EU and US step up joint fight against counterfeiting“

<sup>41</sup> „Expanding the frontiers of our digital Future: Reducing Software Piracy to Accelerate Global IT Benefits“, Studie der IDC, 08.12.2005

<sup>42</sup> <http://globalstudy.bsa.org/2011/index.html>, Stand 18.12.2013

### 5.1.3. Internetuser

Das Interesse des Internetnutzers ist das Bedürfnis nach Information, Unterhaltung und Kommunikation.

Die freie Nutzung des Internets erfordert für den Internetuser eine verantwortungsvolle Handhabung mit diesem Medium. Aufgrund des Bedürfnisses sich frei im Internet bewegen zu wollen und dadurch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung wahrzunehmen befindet sich der Internetnutzer oftmals in einem Konflikt. Der auf ihn einwirkende Input, sei es durch Reizüberflutung wie zum Beispiel bei Werbung oder die permanente Publizierung von Beiträgen bei Social-Network Internet Seiten und persönlichen Video Botschaften bei You Tube, verursacht, dass der Internetnutzer die Übersicht verliert. Dass führt dazu, dass er private Angaben im Internet frei zugänglich sichtbar macht. Da die Internetrezipienten mittlerweile beim Anmelden auf diversen Internetportalen und -foren standardgemäß ihre persönlichen Daten eintragen müssen erscheint ihnen dieser Vorgang ganz „normal“. Das Internet ist keine Person und nichts Greifbares. Das löst diesen unbedachten Umgang mit der Veröffentlichung privater Daten aus.

Voller Vertrauen stellen die Rezipienten ihre private Daten im Netz zur Verfügung. So lassen sich ihre Nutzer- und Konsumgewohnheiten zu komplexen Userprofilen verdichten.

Die Internetgiganten wie Google, YouTube, Facebook, Microsoft, Skype, PalTalk, AOL, Yahoo und Apple können sämtliche verfügbare Daten der Konsumenten sammeln, speichern, auswerten und wirtschaftlich nutzen. Sie verkaufen diese Daten beispielsweise an Dritte oder geben sie direkt an staatliche Behörden wie beispielsweise Geheimdienste weiter.<sup>43</sup>

Auch staatliche Behörden von Rechtsstaaten und von totalitären Regimen sind an einer flächendeckenden Kontrolle der Internetnutzer interessiert, wobei der Rechtsstaat an schärfere Gesetzesvorgaben gebunden sein sollte.

Die aktuelle „NSA Spähaffäre“ bringt derzeit immer mehr Enthüllungen an die Öffentlichkeit. Danach arbeiten auch Deutsche Geheimdienste eng mit U.S Geheimdiensten zusammen und missachten dabei im Grundgesetz verankerte Grundrechte.<sup>44</sup>

---

<sup>43</sup> <http://www.zeit.de/digital/datenschutz/2013-07/faq-nsa-skandal>, Stand 03.01.2014

<sup>44</sup> <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/prism-tempora-xkeyscore-nsa-ueberwachung-im-ueberblick-a-912377.html>, Stand 06.01.2014

Seit März 2006 sind alle Mitglieder der europäischen Union an die Vorratsdatenspeicherung gebunden.<sup>45</sup> Die Vorratsdatenspeicherung soll die Aufklärung von Straftaten erleichtern, indem Telekommunikationsanbieter die Verbindungsdaten sämtlicher Nutzer für einen Zeitraum von sechs Monaten speichert. Problematisch hierbei ist allerdings, dass die Vorratsdatenspeicherung mit verschiedenen Grundrechten nicht vereinbar ist.

*„10. Die Einführung gesetzlicher Speicherungspflichten für*

*Telekommunikationsverkehrsdaten greift allerdings in die Grundrechte sowohl der Nutzer als auch der Anbieter von Telekommunikationsdiensten ein; konkret betroffen hier von sind das Fernmeldegeheimnis nach Artikel 10 Abs. 1 des Grundgesetzes(GG) und die Freiheit der Berufsausübung nach Artikel 12 Abs. 1 GG. Die Abfrage der gespeicherten Daten kann zudem weitere Grundrechte, wie etwa die Presse- und Rundfunkfreiheit nach Artikel 5 Abs. 1 Satz 2 GG berühren. Diese Grundrechte sind in einem freiheitlichen demokratischen Gemeinwesen von besonders großer Bedeutung. Eingriffe in diese Grundrechte, von denen zahlreiche Personen betroffen werden, die in keiner Beziehung zu einem konkreten Tatvorwurf stehen und den Eingriff durch ihr Verhalten nicht veranlasst haben, sind besonders schwerwiegend und bedürfen deshalb einer besonderen Rechtfertigung.“<sup>46</sup>*

Trotz erheblicher Kritik wurde die Richtlinie vom deutschen Bundestag beschlossen und wurde mit einer effizienteren Strafverfolgung und Terrorbekämpfung begründet. Jedoch hat das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil vom März 2010 beschlossen die deutschen Vorschriften seien zur Vorratsdatenspeicherung verfassungswidrig und wurden somit für nichtig erklärt.<sup>47</sup>

## 5.1.4. Gesellschaft

Die Vernetzung der Menschen auf globaler Ebene durch das Internet ermöglicht auf der einen Seite Verbindung und Zusammenführung, schafft aber auch Trennung und massive neue Aufgabenstellungen zwischen den Nationen.

---

<sup>45</sup> Richtlinie 2006/24/EG des europäischen Parlaments und des Rates über die Vorratsspeicherung von Daten, die bei der Bereitstellung öffentlich zugänglicher elektronischer Kommunikationsdienste oder öffentlicher Kommunikationsnetze erzeugt oder verarbeitet werden, und zur Änderung der Richtlinie 2002/58/EG“

<sup>46</sup> Deutscher Bundestag, „Antrag: Speicherung mit Augenmaß – Effektive Strafverfolgung und Grundrechtswahrung“, I.10., Drucksache 16/545, 07.02.2006

<sup>47</sup> Bundesverfassungsgericht Pressemitteilung Nr. 11/2010 vom 2. März 2010

Für die Gesellschaften verschiedener Kulturkreise entstehen durch die Globalisierung und die einhergehende globale Vernetzung des Internets neue Probleme. Informations- und Kulturaustausch finden heutzutage rasend schnell zwischen grundverschiedenen Gesellschaften und politischen Systemen statt. So weichen Werte, Normen und Moralvorstellungen bezogen auf Religion, Sexualität, Gewalt und ihre entsprechenden Gesetzesvorgaben unterschiedlicher Nationen voneinander ab. Haben sich früher Moral und Werte langsam verändert, ist unsere Zeit durch die schnelle Informationsflut des Internets viel rasanteren Veränderungen unterworfen. Einhergehend werden gesellschaftliche Konventionen aufgebrochen, verschoben oder gar zerstört. Weltbilder und Wertesysteme bröckeln, die Menschen sind verwirrt. Was in der einen Kultur und Gesellschaftsform erlaubt ist, wird in einer anderen verboten. Dies ist besonders zu beobachten zwischen den vorwiegend christlich geprägten Okzident und den muslimisch geprägten Orient.

Dieses Aufbrechen der Kulturen schafft viele Probleme sowohl für den Einzelnen als auch für die Nationen, die Gesetze veranlassen und für die Einhaltung derselben Sorge tragen.

## **5.2. Instrumente der Informationskontrolle**

Hier werden die verschiedenen Instrumente der Informationskontrolle beleuchtet. Von massiven Maßnahmen wie einem nationalen Verbot über Sperrungen von Internetseiten bis hin zu subtilen Zugangsbeschränkungen und Selbstzensur wird Kontrolle ausgeübt.

### **5.2.1. Verbot des Internets auf nationaler Ebene**

Die einfachste Lösung, um der Bevölkerung eines Landes den Internetzugang zu verwehren, besteht darin, ein allgemeines Internetverbot auszusprechen. Da diese extreme Maßnahme aber auch enorme wirtschaftliche Auswirkungen zur Folge hat, ist ein totales Verbot nicht erstrebenswert und wird von den meisten Staaten auch nicht eingesetzt. Allerdings gibt es Ausnahmestaaten, in denen die Bevölkerung nahezu komplett vom Internet isoliert ist.

Exemplarisch kann das Land Turkmenistan herangeführt werden. Bis zu dem Tod von Präsident Saparmurat Nijasow und dem anschließenden Machtwechsel im Jahr 2007 konnte nicht auf das Internet zugegriffen werden und war im ganzen Land ausnahmslos verboten.

Der darauffolgende Präsident gab sich gegenüber dem globalen Netz liberal. Nennenswerte Veränderungen für die Bevölkerung ergaben sich aber nicht daraus. Zunächst wurden zwei öffentliche Internetcafés in der Hauptstadt Aschgabat eröffnet. Nach staatlichen Angaben sollten weitere Maßnahmen folgen. Auf einer Liste "Feinde des Internets", die „Reporter ohne Grenzen“ veröffentlicht haben, wird Turkmenistan aufgelistet, wonach nur 1 % der Bevölkerung ein Internetzugang zur Verfügung steht.<sup>48</sup>

Besonders in totalitären Regimen ist eine massive Kontrolle des Internets zu beobachten. Ein Beispiel liefert Saudi Arabien. Hier werden primär Filtersysteme verwendet um bestimmte Inhalte zu unterbinden. Regime kritische, sexuell freizügige Artikel, Inhalte oder Bilder, die religiöse Gefühle beleidigen könnten, werden von vornherein mit Filtersystemen belegt.

## 5.2.2. Filtersysteme im Internet

Die verbreitetste Methode im Internet Informationen zu kontrollieren oder direkt zu unterdrücken ist das Filtersystem. Filtersysteme sind technische Hilfsmittel, die zwischen den Internetnutzern und deren Internetzugängen geschaltet werden können um unliebsame Inhalte unmittelbar aus zu sortieren. Die Filterkriterien sind frei programmierbar. Es können einzelne Webseiten, ganze Länder-Domains oder IP-Adressenbereiche gesperrt werden. Eine sehr effiziente und weit verbreitete Möglichkeit der Zensur besteht darin, auf Internetseiten nach bestimmten Schlüsselwörtern zu suchen und den Zugang zu Seiten mit diesen Begriffen automatisch zu blockieren. Der Zensor kann hierbei auch festlegen, was für den Internetnutzer beim Öffnen einer aussortierten Webseite angezeigt werden soll. Es ist beispielsweise möglich eine Fehlerseite zu präsentieren. Eine andere Möglichkeit wäre die IP-Adresse eines Internetnutzers direkt an eine staatliche Behörde zu melden nachdem die blockierte Webseite aufgerufen wurde. Filtersysteme lassen sich problemlos in die Struktur des Internets hierarchisch anordnen, sodass alle hierarchisch untergeordneten Inhalte des Netzes gefiltert werden. Aufgrund dieser Struktur können Filtersysteme überall gefunden werden, wo Server für die Verteilung der Daten auf untergeordnete Instanzen des Internets verantwortlich sind. Die meisten Filtersysteme befinden sich auf den Internet Service Providern und deren untergeordneten Ebenen.

Für staatliche Zensurmaßnahmen im Internet ist es notwendig, präventiv ein Filtersystem ins hierarchisch angeordnete Internet einzusetzen. Eine Möglichkeit hierfür besteht darin,

---

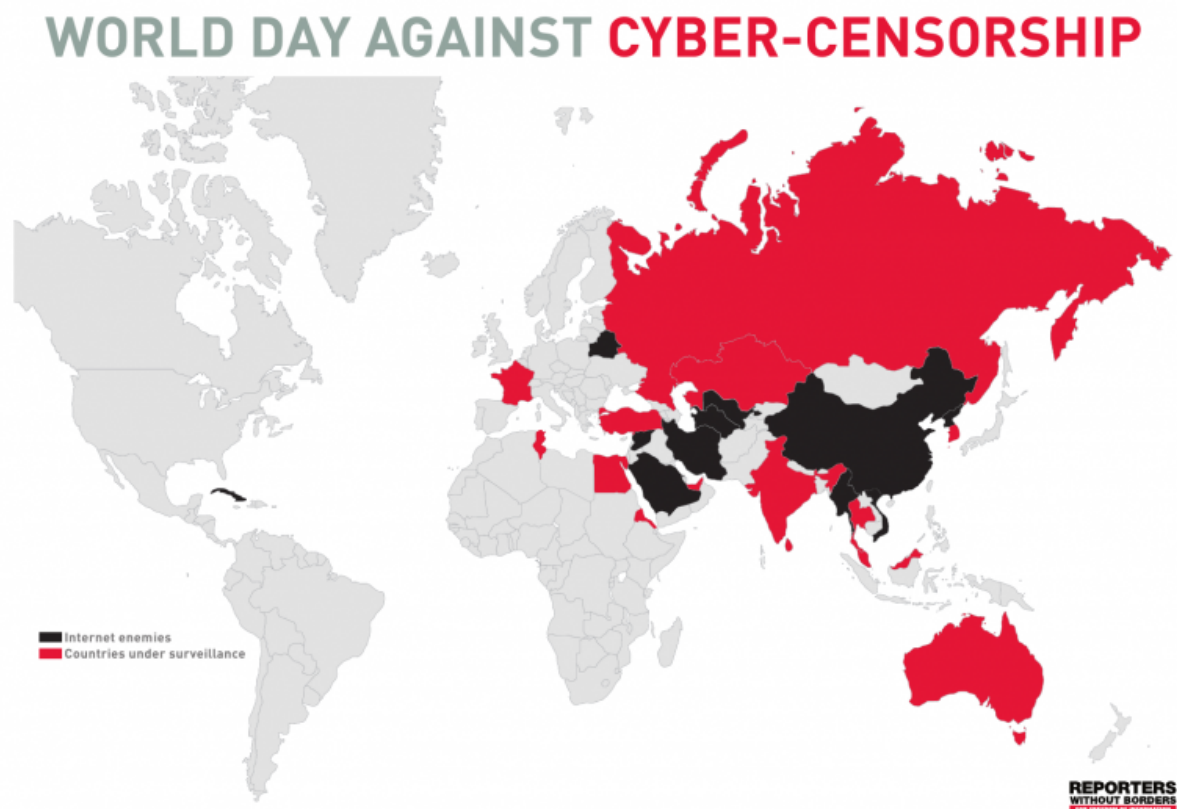
<sup>48</sup> <http://www.rog.at/internetzensur/die-schwarzen-loecher-des-internet.html>



ausländische Zuleitungen des Internets und das inländische Netz direkt mit einem Filtersystem zu belegen.

Diese Form der Zensur betreibt die Volksrepublik China. Nach eigenen Angaben versucht die Volksrepublik China, ihre Bevölkerung vor schädlichen Inhalten wie Pornographie, Terrorismus oder Kriminalität zu schützen. Laut westlich orientierter Presse werden regierungskritische Inhalte und Presseorgane gezielt zensiert. Die chinesische Regierung steht unter dem enormen Druck einerseits das sich rasant entwickelnde neue Medium Internet in den wirtschaftlichen Aufschwung einzubinden und andererseits dabei die Informationskontrolle über die Bevölkerung zu wahren.

Die Liste der Länder, welche ähnliche Filtersysteme verwenden ist lang: `Reporter ohne Grenzen´ teilt Staaten, in denen Internetzensur oder ähnliche Maßnahmen betrieben werden, in zwei Kategorien ein: "Feinde des Internets" und "Länder unter Beobachtung".



Rot

Abb.1 Reporter ohne Grenzen (ROG)<sup>49</sup>

Erläuterungen zur Abbildung

<sup>49</sup> [http://march12.rsf.org/i/map\\_cybercensorship.png](http://march12.rsf.org/i/map_cybercensorship.png), Stand 14.12.2013

Rot = unter Beobachtung  
Schwarz = Feinde des Internet

## *„DIE „FEINDE DES INTERNETS“ 2012*

*Folgende zwölf Staaten zählt Reporter ohne Grenzen zu den Feinden des Internets:*

*Bahrein, Belarus, Birma, China, Kuba, Iran, Nordkorea, Saudi Arabien, Syrien, Turkmenistan, Usbekistan und Vietnam. Online-Inhalte werden in diesen Ländern stark gefiltert, kritische Blogger und Online-Journalisten ausfindig gemacht und unter Druck gesetzt. Die Liste der „Feinde des Internets“ ist im Vergleich zum Vorjahr weitgehend gleich geblieben. Neu hinzugekommen sind in Bahrein und Belarus. Dort hat sich die Lage stark verschlechtert.*

*Vor allem Iran und China haben die Internet-Überwachung im vergangenen Jahr deutlich verstärkt. In China übt das Regime massiven Druck auf private Internetfirmen aus, damit diese sie bei der Zensur unterstützen. Iran hat ein eigenes „nationales Internet“ angekündigt. Sowohl im Iran als auch in Vietnam wurden im vergangenen Jahr zahlreiche Online-Aktivisten festgenommen. Im Iran sitzen derzeit 20, in Vietnam 18 von ihnen im Gefängnis. Der Iran unterstützt auch das Regime in Syrien, das Berichte über die Niederschlagung der Opposition unterdrückt, bei der Kontrolle des Internets. In Turkmenistan hat die Staatsspitze den Informationskrieg 2.0 vorerst gewonnen. Nordkorea hingegen kämpft damit, dass immer wieder Kommunikationstechnik über die chinesische Grenze geschmuggelt wird. In Kuba tragen Regierungsanhänger und Oppositionelle ihre Auseinandersetzungen vor allem im Internet aus. Saudi Arabien setzt derweil seine rigorose Online-Zensur fort. In Usbekistan setzten die Behörden alles daran, Diskussionen über die arabischen Revolutionen auf den Seiten von Uzneta zu unterbinden. Bahrein wurde im vergangenen Jahr nahezu vollständig von der internationalen Berichterstattung abgeschnitten: Ausländische Journalisten kamen nicht ins Land, Blogger wurden verhaftet. Auch in Belarus hat Präsident Alexander Lukaschenko die Onlineüberwachung verstärkt, während sich das Land immer weiter politisch isoliert.*

*Es gibt allerdings auch Zeichen der Hoffnung: In Birma hat das Militär Journalisten und Blogger freigelassen und gesperrte Webseiten freigegeben. Gesetze zur Internet-Überwachung sind jedoch nach wie vor in Kraft und die technischen Möglichkeiten zur Kontrolle weiterhin gegeben. ROG wird beobachten, ob Birma die begonnenen Reformen fortsetzt. Dies könnte dazu führen, dass das Land bald nicht mehr zu den „Feinden des Internets“ gehört.*

## *BEWEGUNG IN DER LISTE DER „LÄNDER UNTER BEOBACHTUNG“*

Vierzehn Staaten stellt ROG im aktuellen Bericht „unter Beobachtung“. Dazu gehören Australien, Ägypten, Eritrea, Frankreich, Indien, Kasachstan, Malaysia, Russland, Südkorea, Sri Lanka, Thailand, Tunesien, Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Neu hinzugekommen sind in diesem Jahr Indien und Kasachstan. In Indien hat die Regierung die Onlineüberwachung seit den Bombenanschlägen in Mumbai 2008 verschärft. Das kasachische Regime überwacht das Internet seit gewalttätigen Zusammenstößen bei Ölarbeiterstreiks im Südwesten des Landes besonders stark.

Venezuela und Libyen hingegen stehen nicht länger auf der Liste der „Länder unter Beobachtung“. In Libyen ging mit dem Sturz Muammar al-Gaddafis eine Ära der Zensur zu Ende. Ein Gesetz von 2011 in Venezuela, das eine Gefahr für Internetfreiheit darstellen könnte, hat in der Praxis bisher kaum negative Folgen gehabt. Der Zugang zum Internet ist weitgehend frei.

Thailand läuft Gefahr, bald zu den „Feinden des Internets“ zu gehören, sollte es weiterhin massiv Online-Inhalte filtern und Netzaktivisten wegen Beleidigung der Obrigkeit verhaften.

#### WEITERE LÄNDER

Auch in Ländern, die dieser Bericht nicht erwähnt, ist das Internet oft nicht vollständig frei, werden kritische Nutzer verfolgt und Online-Inhalte kontrolliert. ROG beobachtet insbesondere die Situation in Aserbaidschan, Marokko, Pakistan und Tadschikistan sehr genau.<sup>50</sup> Zur Beurteilung der weltweiten Presse und Medienfreiheit erstellt die Organisation "Reporter ohne Grenzen" einmal jährlich eine Rangliste, die durch einen Fragebogen mit 50 Kriterien repräsentiert wird. Der Fragebogen bezieht sich auf alle Arten von Verletzungen bezüglich der Medienfreiheit. Es betrifft die direkten Folgen auf Journalisten wie etwa Morde, Verhaftungen, körperliche Angriffe und Drohungen und die Medien selbst wie Zensur, Beschlagnahmung von Zeitungsausgaben, Durchsuchungen und Schikanen aller Art. Ein weiterer Aspekt beschäftigt sich mit den Personen, die für die Verletzung der Pressefreiheit direkt und indirekt verantwortlich sind und ob rechtliche Konsequenzen folgen. Die Fragen berücksichtigen die rechtlichen Rahmenbedingungen, unter denen Medien arbeiten wie zum Beispiel medienrechtliche Strafen, Staatsmonopole in bestimmten Bereichen oder die Existenz von Regulierungseinrichtungen. Das Verhalten der Behörden gegenüber den staatlichen Agenturen und der Auslandspresse wird geprüft. Auch Bedrohungen der Pressefreiheit seitens nicht staatlicher Kontrolle wie Untergrundorganisationen oder andere

---

<sup>50</sup> <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/presse/pressemitteilungen/meldung-im-detail/artikel/rog-bericht-feinde-des-internets-2012/>, Stand 08.01.2014

*Interessensgruppen wie zum Beispiel bewaffnete Milizen werden in diesem Fragenkatalog aufgenommen.*<sup>51</sup>

Aber nicht nur Staaten zählen laut „Reporter ohne Grenzen“ zu den „Feinden des Internets“ auch westliche privatwirtschaftliche Unternehmen können genannt werden. Beispielsweise IT- Sicherheitsfirmen wie „GAMMA INTERNATIONAL“, „TROVICOR“, „HACKING TEAM“, „AMESYS“ und „BLUE COAT“ entwickeln und verkaufen Software, die zur flächendeckenden Überwachung des Internets geeignet ist. Mit den Programmen von AMESYS und BLUE COAT ist es möglich, mit Hilfe von sogenannten Staatstrojanern Journalisten und Blogger gezielt zu bespitzeln. Passwörter und E-Mails können ausgelesen werden, verschlüsselte Internettelefonate mitgehört werden und selbst der direkte Zugriff auf Festplatten ist möglich.<sup>52</sup>

Doch nicht nur von staatlicher Stelle werden Filter im Netz installiert. Bei Unternehmen ist es heutzutage Standard, dass Filtersysteme in den Firmeneigenen Netzwerken integriert werden, um ausgewählte Inhalte am Arbeitsplatz unzugänglich zu machen, welche zum Beispiel von der Arbeit ablenken könnten und die Arbeitsplatzproduktivität gefährden würden. Auch in Privathaushalten werden Filtersysteme installiert, um jugendgefährdende Inhalte oder störende Werbemaßnahmen präventiv zu unterbinden.

Filtersysteme sind aus verschiedenen Blickwinkeln kritisch zu betrachten. Aus medienethischer Sicht beschneiden sie die Informations- und Meinungsfreiheit der Internetnutzer und ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Hinzu zufügen ist außerdem, dass sie oftmals unzuverlässig arbeiten und mit technischem Know-how problemlos zu umgehen sind.

### **5.2.3. Verwaltungswesen und Zugangshürden**

Eine effektive Möglichkeit die eigene Bevölkerung vom freien Zugriff auf das Internet auszugrenzen ist die Zugangsbeschränkung auf übergeordnete Bürokratie. Als Paradebeispiel kann die Nation Kuba genannt werden. So ist es in Kuba nur Akademikern, Doktoren und Politikern erlaubt, einen privaten Internetanschluss zu nutzen. Der sonstigen Bevölkerung ist es nur gestattet, das Internet über öffentliche Stellen wie Schulen,

---

<sup>51</sup> <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/ranglisten/rangliste-2006/zur-methode/>, Stand 08.01.2014

<sup>52</sup> [http://www.deutschlandradio.de/die-mitwisser-der-internetzensur.331.de.html?dram:article\\_id=252925](http://www.deutschlandradio.de/die-mitwisser-der-internetzensur.331.de.html?dram:article_id=252925), Stand 24.12.2013

Behörden, Hotels oder am Arbeitsplatz zu nutzen. Eine weitere Hürde in der Nutzung des Internet besteht im Preis. Das durchschnittliche Gehalt in Kuba beträgt umgerechnet circa 14 € monatlich. Eine Stunde Internet kostet in etwa Fünf US Dollar und ist somit für den durchschnittlichen Kubaner unerschwinglich, was wiederum erklärt warum nur 0,4% der Bevölkerung über einen privaten Internetzugang verfügt.<sup>53</sup>

Außerdem kann in Kuba auch nicht von einem frei zugänglichen globalen Netz gesprochen werden, da das Netz einer intensiven staatlichen Zensur unterliegt.<sup>54</sup>

In Kuba existiert nur ein Internetprovider vom staatlichen Telekommunikationsunternehmen ETECSA. Dieses kontrolliert sämtliche Verbindungen. Eine erhebliche Erleichterung der Kontrolle besteht auch darin, dass nur zwei Glasfaser-Unterseekabel mit Verbindung zu Venezuela existieren.

Trotz staatlicher Repressalien entwickelt sich seit Jahren auf Kuba eine kleine regimekritische Blogger Szene. Zusätzlich zur staatlichen Zensur setzt Kuba auch auf die Selbstzensur. So kann das Verfassen eines „gegenrevolutionären“ Artikels für eine ausländische Website bis zu zwanzig Jahre Haft zur Folge haben.

## 5.2.4. Selbstzensur

Die Selbstzensur, oftmals auch als „Vorausseilender Gehorsam“ oder bildlich als „Schere im Kopf“ bezeichnet, ist eine Art der Manipulation und kann als selbst auferlegte Vorzensur bezeichnet werden. Die Selbstzensur ist ein weit verbreitetes Mittel der Zensur, welches sowohl in totalitären Regimen als auch in Demokratien zur Anwendung kommt. Meist wird Selbstzensur betrieben, um einer Nachzensur zuvorzukommen oder dem Druck von außen nach zu geben. Veröffentlichungspartner können hier als Beispiel genannt werden. Artikel werden von Journalisten so erstellt, dass weder Leser noch beteiligte Interessensgruppen Anstoß daran nehmen könnten. Damit werden Inhalte flach und das kritische Niveau von Beiträgen sinkt. Die Gründe, wieso investigative Journalisten sich einer Selbstzensur unterwerfen, liegen in der Androhung von Repressalien mit zivilrechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen oder beruflichen Folgen bis hin zu körperlicher Bedrohung, Entführung oder im schlimmsten Fall sogar Mord. Laut „Reporter ohne Grenzen“ sind im Jahr 2012 88 Journalisten, 47 Blogger und Bürgerjournalisten getötet worden.<sup>55</sup> Dies stellt einen traurigen Rekord seit der ersten Veröffentlichung aus dem Jahr 1995 dar.

---

<sup>53</sup> <https://netzpolitik.org/2013/report-internet-in-kuba/>, Stand 03.12.2013

<sup>54</sup> <http://www.rog.at/internetzensur/die-schwarzen-loecher-des-internet.html>, Stand 05.12.2013

<sup>55</sup> [http://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/rte/docs/2012/ROG-Jahresbilanz\\_2012.pdf](http://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/rte/docs/2012/ROG-Jahresbilanz_2012.pdf) Stand 28.11.2013

## 5.2.5. Sperrungen bei den Service Providern

Eine weitere Möglichkeit Zensur im Internet umzusetzen besteht darin Service Provider gesetzlich zu bestimmten Regelungen zu verpflichten und haftbar zu machen. Meist erfolgt dies in rechtsstaatlichen Systemen, welche sich verpflichtet haben keine Zensur zu betreiben. Es wird damit begründet, dass dies Möglichkeit ein letzter Schritt sei sich gegen rechtswidrige Inhalte aus dem Ausland zu wehren. In den Vereinigten Staaten von Amerika wurde 2002 im Bundesstaat Pennsylvania ein Gesetz gegen Kinderpornografie erlassen. Darin wird folgendes vorgeschrieben:

*„Die Maßnahme richtet sich gegen Websites, die kinderpornographische Inhalte anbieten. Innerhalb von fünf Werktagen nach der Aufforderung durch den Staatsanwalt muss der Zugriff für alle Personen, die in Pennsylvania leben, auf die genannten Sites blockiert worden sein. Beim ersten Verstoß muss eine Geldstrafe in Höhe von 5.000 US-Dollar bezahlt werden. Kommt ein Provider der Aufforderung zum zweiten Mal nicht nach, so muss er mit 20.000 und schließlich mit 30.000 Dollar und bis zu sieben Jahren Gefängnis rechnen. Ausdrücklich wird festgelegt, dass die Provider nicht aktiv nach verbotenen Inhalten suchen müssen.“<sup>56</sup>*

Laut TAZ setzte sich die damalige Familienministerin Ursula von der Leyen in Deutschland für die Bekämpfung von Kinderpornografie diverser Webseiten im Internet ein und hatte vorgeschlagen diese Internetseiten auszublenden beziehungsweise den Zugang für die deutschen Internetnutzer zu verwehren.<sup>57</sup>

Der Chaos Computer Club (CCC), ein deutscher Zusammenschluss aus Hackern, die sich für die Informationsfreiheit einsetzen, beschreiben das Vorhaben der ehemaligen Familienministerin wie folgt:

*„Die... Ausblendung bzw. Sperrung von Webseiten soll durch einen Vertrag zwischen dem Bundeskriminalamt (BKA) und den Internet-Service-Providern (ISPs) als Zugangsanbieter zum Internet durchgeführt werden.“<sup>58</sup>*

Der Chaos Computer Club hat diesen Vertrag, der bereits unterschriftstauglich ist, erhalten und teilt darin ergänzend die vertraglichen Verpflichten der ISPs mit. Ihre Kunden können einen Zugang zu bestimmten Domains nicht mehr abrufen. Des Weiteren verpflichten sich die ISP zur Geheimhaltung dieser vom BKA kommunizierten Zensurlisten.

<sup>56</sup> <http://www.heise.de/tp/artikel/12/12127/1.html>, Stand 18.12.2013

<sup>57</sup> [http://blogs.taz.de/ctrl/2009/02/15/ccc\\_veroeffentlicht\\_von\\_der\\_leyens-netzsperr-vertrag/](http://blogs.taz.de/ctrl/2009/02/15/ccc_veroeffentlicht_von_der_leyens-netzsperr-vertrag/), Stand 17.12.2013

<sup>58</sup> <http://dasalte.ccc.de/updates/2009/filter-pm?language=de>, Stand 17.12.2013

Die technische Umsetzung der durch das BKA übermittelten Sperrlisten zur Ausblendung der Webseiten soll durch die ISP erfolgen. Stellt das BKA fest, dass Domains betroffen sind und laut § 184b (StGB) zum Beispiel kinderpornografische Schriften enthalten oder den Zugang transportieren, werden diese innerhalb von sechs Stunden geschlossen.

Der Chaos Computer Club befürchtet, dass das BKA sowie der damalige Bundesinnenminister Herr Schäuble und Frau von der Leyen beabsichtigen, eine Vorzensur ohne gesetzliche Grundlage durchzusetzen.<sup>59</sup> Der CCC vermutet, dass die Zugangsverwehrung kinderpornografischer Webseiten nur als Vorwand zur Einführung der Vorzensur dienen soll. Der CCC-Sprecher Andy Müller-Maguhn ist der Ansicht:

*„Der hier vorliegende Versuch des Bundesinnenministers, eine ‘freiwillige’ Vorzensur ohne gesetzliche Grundlage zu schaffen, ist ungeheuerlich. Flankiert durch die Bundesfamilienministerin von der Leyen wird hier das Thema Kinderpornographie instrumentalisiert, um eine Zensurautomatik für Internetseiten einzuführen. Mit dem vorliegenden Vertragsentwurf wird nicht nur deutlich, dass das Bundesinnenministerium offenbar überhaupt kein Interesse an einer Strafverfolgung gegen die Täter hat, sondern eine geheime Infrastruktur für das Zensieren von Internetseiten plant.“<sup>60</sup>*

Jedoch bleibt offen, weshalb das BKA gegen die Urheber, welche die kinderpornografischen Schriften und Bilder produzieren und veröffentlichen und die sich bereits auf einer Zensurliste befinden, nicht vorgehen und polizeiliche Ermittlungen in die Wege leitet.<sup>61</sup> Die Vorgehensweise des BKAs löse nicht die tatsächliche Ursache der Kriminalität, denn sie bekämpfe nicht die Kinderpornografie und schütze die Kinder nicht. Es stünde somit die Bildung einer infrastrukturellen Zensur vordergründig im Blickpunkt der Beteiligten:

*„Es wird deutlich, dass das Bundesinnenministerium mit dem Thema Kinderpornographie und der Flankierung durch Familienministerin von der Leyen offenbar einen Bereich herausgesucht hat, mit dem am ehesten gesellschaftliche Akzeptanz für Sperrmaßnahmen erreicht werden kann. Wenn aber eine solche Infrastruktur erst einmal vorhanden ist, wird eine Ausweitung auf andere Themenbereiche – seien es sogenannte terroristische Propaganda oder Verstöße gegen Urheberrechtsbestimmungen – ein Leichtes sein“<sup>62</sup>, sagte der Sprecher der CCC.*

Um ein Gesetzgebungsverfahren zu umgehen, werden einfach die zivilrechtlichen Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der ISP durchgeführt. Das erlaubt den

---

<sup>59</sup> [http://blogs.taz.de/ctrl/2009/02/15/ccc\\_veroeffentlicht\\_von\\_der\\_leyens-netzsperr-vertrag/](http://blogs.taz.de/ctrl/2009/02/15/ccc_veroeffentlicht_von_der_leyens-netzsperr-vertrag/), Stand 18.12.2012

<sup>60</sup> <http://dasalte.ccc.de/updates/2009/filter-pm?language=de>, Stand 17.12.2013

<sup>61</sup> <http://dasalte.ccc.de/updates/2009/filter-pm?language=de>, Stand 19.12.2013

<sup>62</sup> [http://blogs.taz.de/ctrl/2009/02/15/ccc\\_veroeffentlicht\\_von\\_der\\_leyens-netzsperr-vertrag/](http://blogs.taz.de/ctrl/2009/02/15/ccc_veroeffentlicht_von_der_leyens-netzsperr-vertrag/), Stand 17.12.2013

Kunden, sollten sie sich die AGBs durchlesen, zumindest die Möglichkeit, von ihrem Sonderkündigungsrecht Gebrauch zu machen und zu einem nicht zensierten ISP-Anbieter zu wechseln. Die ISPs müssen laut Vertrag dem BKA die Anzahl der Zugriffe auf die gesperrten Seiten melden. Sie sind aber nicht dazu verpflichtet personenbezogene Daten ihrer Kunden weiter zu leiten.

## **6. Das Internationale Handelsabkommen Anti-Counterfeiting Trade Agreement ACTA**

Dieses Kapitel handelt von Handelsabkommen, die zur Regulierung der weltweiten Urheberrechtsverstöße beitragen sollen. Das internationale Handelsabkommen Anti-Counterfeiting Trade Agreement ACTA wird beschrieben und anschließend die öffentliche Kritik dazu beleuchtet.

Da es eine Vielzahl von Fassungen des Anti-Counterfeiting Trade Agreements ACTA gibt, wird hier auf die aktuellste Version eingegangen. Eine komplette Auflistung des ACTA Entwurfes würde den Rahmen der Bachelor Arbeit sprengen. Aus diesem Grunde beleuchtet dieses Kapitel nur eine Übersicht zum Inhalt von ACTA.

Anschließend wird auf die weltweite Protestbewegung, wodurch sie ausgelöst wurde und wieso Menschenrechtsorganisationen intensiv vor ACTA warnen, eingegangen. Zum Ende des Kapitels wird die Ablehnung dieses ACTA Abkommens seitens des Europäischen Parlamentes beleuchtet. Eine Übersicht zeigt den Ratifizierungsprozess von ACTA innerhalb der Europäischen Union, welche europäischen Mitgliedsstaaten das ACTA Abkommen bereits ratifiziert haben und welche Länder die Ratifizierung gestoppt haben.<sup>63</sup> Am 4. Juli 2012 wurde vom Europäischen Parlament das Anti-Counterfeiting Trade Agreement abgelehnt.

### **6.1. Inhalt von ACTA**

ACTA<sup>64</sup> sollte ein internationales Schutzrecht für geistiges Eigentum durchsetzen. Es wurde von den Staaten und deren Wirtschaftsvertretern in Zusammenarbeit entworfen. Australien,

---

<sup>63</sup> Siehe Abbildung 2

<sup>64</sup> [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/december/tradoc\\_147079.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/december/tradoc_147079.pdf), ACTA Version vom 03.12.2010



Kanada, die Europäische Union, Japan, Korea, Mexiko, Marokko, Neuseeland, Singapur, Schweiz und die Vereinigten Staaten sind die Initiatoren dieses Abkommens. Die Bekämpfung von Marken und Produktpiraterie auf internationaler Ebene soll durch das ACTA Abkommen zusätzlich verschärft werden. Die EU-Kommission beabsichtigt mit ACTA ein dauerhaftes Weltwirtschaftswachstum zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften aufrecht zu erhalten.

Das Abkommen von ACTA besagt, dass die in den USA, Europa sowie in den anderen bereits erwähnten Ländern das Recht auf Schutz für geistiges Eigentum gemeinsam als Standard in den jeweiligen Staaten festgeschrieben sein müsse mit der Absicht, dies auch in weiteren Staaten geltend zu machen.<sup>65</sup> Durch das ACTA Abkommen soll laut der EU-Kommission die globale Wirtschaft wachsen, Produktfälschungen sichergestellt werden und somit die europäische Volkswirtschaft fördern. Das Abkommen vereinheitlicht selbst keine Schutzrechte, sondern beinhaltet die Beschlüsse des TRIPS-Abkommens, des Agreements of Trated Aspects of Intellectual Property Rights. Dies ist ein Übereinkommen handelsbezogener Aspekte für die Rechte am geistigen Eigentum, welches 1994 als geistiges Eigentumsschutzrecht vereinbart wurde. Durch das ACTA Abkommen werden die Vertragsparteien verpflichtet, Rechte, welche die Immaterialgüter betreffen, einzuführen.

Es werden drei Bereiche der ACTA Regelungen der Handelsvertreter der USA und der Europäischen Kommission wie folgt angegeben: Erstens die internationale Kooperation, zweitens die Abstimmung des Gesetzesvollzugs und drittens die Schaffung neuer Gesetze zur Verwertung geistigen Eigentums. Die Einrichtung eines ACTA Ausschusses wird beabsichtigt. Dieser soll folgende Aufgaben eigenständig erledigen. Konkret bedeutet dies die Überwachung zur Einhaltung des Vertrages, das Verhandeln von Änderungen des Vertrages, die Bestimmung zur Aufnahme neuer Mitglieder, die Hilfestellung von nicht ACTA Partnern sowie die Übernahme von ACTA Bestimmungen in das nationale Recht dieser Partner.

Dieses Abkommen wird von der Verwertungsindustrie, wie beispielsweise der Filmindustrie und der Musikindustrie begrüßt.

*„Das ist eine politische Aufgabe, es geht hier nicht um Bagatellen, sondern um den Diebstahl von geistigem Eigentum“,* sagt Gorny, Vorstandsvorsitzender des

---

<sup>65</sup> Joachim Schrey und Thomas W. Haug: <http://www.kommunikationundrecht.de/detail/-/specific/ACTA-Anti-Counterfeiting-Trade-Agreement-ohne-Auswirkungen-2053239133>, Stand 02.12.2013

Bundesverbands der Musikindustrie.<sup>66</sup> Sie erhofft sich durch das Abkommen, dass geschütztes Material nicht verbreitet, wiedergegeben oder illegal verkauft wird und fordert seit langem Verwarnungen an Raubkopierer und die Sperrung des Internetzugangs für Wiederholungstäter und orientiert sich damit an die französische Gesetzgebung.<sup>67</sup>

Doch es bleibt die Frage, warum sich ein so massiver Widerstand gegen ACTA entwickelte, dass das Europäische Parlament erstmals von seinem Recht Gebrauch gemacht und ein internationales Handelsabkommen nicht verabschiedet hat.<sup>68</sup>

## 6.2. Proteste und Ablehnung von ACTA

Die ersten Vorgespräche begannen zu ACTA zwischen den USA und Japan bereits 2006 am Rande des G8-Gipfels in Sankt Petersburg.<sup>69</sup> 2008 wurde ACTA dann in Genf entworfen und in 12 Verhandlungsrunden unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt, was dem Abkommen viel Kritik einbrachte. Das Europäische Parlament fühlte sich von der ACTA Kommission nicht richtig und ausreichend informiert.<sup>70</sup> Laut Aussage von Herrn Nocun, Internetexperte der Grünen Bürgerschaftsfraktion, sei die Verhandlung demokratiefeindlich gewesen:

*„ACTA wurde drei Jahre lang quasi im Geheimen verhandelt.“<sup>71</sup>*

---

<sup>66</sup> <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/urheberrecht-musikindustrie-wirft-politik-untaetigkeit-vor-11958341.html>, Stand 09.01.2014

<sup>67</sup> <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/urheberrecht-musikindustrie-wirft-politik-untaetigkeit-vor-11958341.html>, Stand 09.01.2014

<sup>68</sup> <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20120703IPR48247/html/Europ%C3%A4isches-Parlament-lehnt-ACTA-ab>, Stand 08.01.2014

<sup>69</sup> <http://www.laquadrature.net/en/wikileaks-cables-shine-light-on-acta-history>, Stand 09.01.2014

<sup>70</sup> <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/urheberrechtsabkommen-acta-politikverdrossenheit-sieht-anders-aus-11647020.html>, Stand 22.12.2014

<sup>71</sup> <http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article2183581/Hamburg-geht-gegen-Piraterie-Gesetz-ACTA-auf-die-Strasse.html>, Stand 13.12.2013

## Umstrittenes ACTA-Abkommen

Abkommen gegen Urheberrechtsverletzungen im Internet – Kritiker sehen Freiheit des Netzes in Gefahr

● Unterzeichnet ● Nicht unterzeichnet

STOP Ratifizierungsprozess bzw. Unterzeichnung vorerst gestoppt

ACTA noch in keinem Land ratifiziert

### Außerhalb Europas

- USA
- Kanada
- Japan
- Südkorea
- Singapur
- Australien
- Neuseeland
- Marokko



Abb.2 zeigt den Ratifizierungsprozess von ACTA innerhalb der Europäischen Union<sup>72</sup>

Viele Menschenrechtsorganisationen haben das Europäische Parlament eingehend davor gewarnt ACTA in Kraft zu setzen. Laut Amnesty International hat das Abkommen negative Auswirkungen auf mehrere Menschenrechte, das Recht auf ein angemessenes Verfahren, auf Achtung des Privatlebens, auf Informationsfreiheit, auf Meinungsfreiheit und das Recht auf Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten.<sup>73</sup>

## 7. Gesetzesentwürfe des US- Regierung

Dieses Kapitel handelt von Gesetzesentwürfen, die im Repräsentantenhaus eingereicht wurden. Laut Kritikern dienen diese Gesetzesentwürfe der Informationskontrolle dienen, laut US- Regierung sollen diese Entwürfe die Wirtschaftskraft fördern beziehungsweise sichern.

<sup>72</sup> APA/AFP/dpa/Radio Netherlands

<sup>73</sup> <http://www.amnesty.de/2012/2/14/eu-darf-acta-nicht-unterzeichnen?destination=startseite>, Stand 28.11.2013

## 7.1. Stop Online Piracy Act SOPA

Der Stop Online Piracy Act besser bekannt unter der Abkürzung SOPA ist ein US-Amerikanischer Gesetzesentwurf bezogen auf Urheberrechte und wurde am 26. Oktober 2011 im Repräsentantenhaus eingereicht. Er sollte den amerikanischen Rechteinhabern ermöglichen Urheberrechtsverstöße effizienter präventiv zu verhindern.<sup>74</sup> SOPA baut auf vorherige Gesetzesentwürfe wie PRO-IP act und PROTECT IP act (PIPA) auf.<sup>75</sup> Durch die Inkraftsetzung des Gesetzesvorhabens wäre es dem US-Justizministerium und den Urheberrechtsinhabern möglich bei Verletzung ihrer Urheberrechte, Verfügungen gegen die Betreiber von Webseiten zu veranlassen. Solch eine Verfügung könnten beispielsweise Bezahldienste oder Werbeagenturen die geschäftliche Zusammenarbeit mit betroffenen Internetseiten untersagen. Zusätzlich wäre es möglich betroffene Internetseiten nicht mehr über Suchmaschinen anzeigen zu lassen. Das illegale downloaden von urheberrechtlich geschützten Werken hätte als schwere Straftat gezählt.

Auch bei diesem Gesetzesentwurf ist zu erkennen, dass zwei Interessensgruppen aufeinander stoßen. Die eine Seite besteht auf ihre wirtschaftlichen Interessen und versucht ihre Absichten mit Hilfe von neuen Gesetzesvorlagen durchzusetzen. Die anderen befürchten, dass die wirtschaftlichen Interessen der Konzerne vorgeschoben werden um die Persönlichkeits- und Privatrechte eines jeden Bürgers seitens der Wirtschaft und des Staates einzuschränken.

Die Befürworter des Gesetzesentwurfes Stop Online Piracy Act berufen sich darauf das "Geistige Eigentum", die damit verbundenen Arbeitsplätze und Unternehmen zu stärken. Ein sich daraus stark entwickelndes Wirtschaftswachstum wäre ihrer Meinung nach die Konsequenz. Die Notwendigkeit für die US- Behörden bestände darin die Mittel zur Bekämpfung von internationalen Urheberrechtsverletzungen zu schaffen.<sup>76</sup> Unterstützt wurde der Gesetzesentwurf von Medienkonzernen und deren Interessensvertretern im besonderen die Verbände der Musik- und Filmindustrie wie Recording Industry Association of America RIAA und der Motion Picture Association of American MPAA. Weitere Wirtschaftsvertreter wie zum Beispiel der Pharmakonzern Pfizer gab zum Schutze seiner Produkte während der Anhörung an, das es für Kunden nicht möglich sei gefälschte Markenprodukte zu erkennen.<sup>77</sup>

---

<sup>74</sup> [http://www.washingtonpost.com/blogs/post-tech/post/house-introduces-internet-piracy-bill/2011/10/26/gIQA0f5xJM\\_blog.html](http://www.washingtonpost.com/blogs/post-tech/post/house-introduces-internet-piracy-bill/2011/10/26/gIQA0f5xJM_blog.html), Stand 31.12.2013

<sup>75</sup> [http://judiciary.house.gov/issues/issues\\_RogueWebsites.html](http://judiciary.house.gov/issues/issues_RogueWebsites.html), Stand 31.12.2013

<sup>76</sup> [http://www.pcworld.com/article/244011/the\\_us\\_stop\\_online\\_piracy\\_act\\_a\\_primer.html](http://www.pcworld.com/article/244011/the_us_stop_online_piracy_act_a_primer.html), Stand 31.12.2013

<sup>77</sup> <http://judiciary.house.gov/hearings/pdf/Clark%2011162011.pdf>, Stand 31.12.2013

Die Gegner von SOPA warnen eingehend, dass es sich bei dem Gesetzesentwurf um Zensurmaßnahmen handeln würde.<sup>78</sup> Kritiker behaupten, dass SOPA gar nicht mit dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit vereinbar ist und das „whistleblowing“, das Aufdecken und Enthüllen von wichtigen Informationen aus geheimen oder geschützten Zusammenhängen an die Öffentlichkeit, nahezu unmöglich mache.<sup>79</sup> Weitere Kritiker sind Journalisten, welche sich unter der American Society of News Editors ASNE zusammen geschlossen haben. Ihrer Aussage nach ist die freie Meinungsäußerung durch den Gesetzesentwurf SOPA in Gefahr. Zudem dürften Urheberrechteinhaber jede unter Verdacht geratene Internetseite schließen. Ein nichtmehr überschaubares Zensurwerkzeug wäre damit etabliert.<sup>80</sup>

Auch Internet Giganten wie Google, Facebook, Yahoo und Ebay kritisierten SOPA. Diese wiederum sehen ihre marktbeherrschende Stellung in Gefahr.

Bei einem Gipfeltreffen zwischen den USA und der EU im November 2011 kritisierte das europäische Parlament SOPA wie folgt:

*„Freiheit und Sicherheit unterstreicht, dass die Integrität des weltweiten Internets und die Kommunikationsfreiheit geschützt werden müssen, indem von einseitigen Maßnahmen zum Entzug von IP-Adressen oder Domännennamen abgesehen wird.“<sup>81</sup>*

Sogar die offizielle Stellungnahme vom Weißen Haus lautete:

*„...While we believe that online piracy by foreign websites is a serious problem that requires a serious legislative response, we will not support legislation that reduces freedom of expression, increases cybersecurity risk, or undermines the dynamic, innovative global Internet.“<sup>82</sup>*

In dieser Stellungnahme wird eindeutig klargestellt, dass die freie Meinungsäußerung im Internet nicht beschnitten werden darf zugunsten des Urheberrechts. Außerdem wird die Dynamik und Innovation des Internets als wichtiges Gut hervorgehoben.

---

<sup>78</sup> <http://www.pcmag.com/article2/0,2817,2396518,00.asp?obref=obinsite>, Chloe Albanesius, Stand 31.12.2013

<sup>79</sup> <https://www.eff.org/deeplinks/2011/11/proposed-copyright-bill-threatens-whistleblowing-and-human-rights>, Trevor Timm, Stand 31.12.2013

<sup>80</sup> [http://www.washingtonpost.com/blogs/blogpost/post/sopa-heads-to-a-vote-even-journalists-want-to-stop-it/2011/12/14/gIQAjDAduO\\_blog.html](http://www.washingtonpost.com/blogs/blogpost/post/sopa-heads-to-a-vote-even-journalists-want-to-stop-it/2011/12/14/gIQAjDAduO_blog.html), Stand 01.01.2014

<sup>81</sup> <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+MOTION+P7-RC-2011-0577+0+DOC+XML+V0//DE>, Stand 01.01.2014

<sup>82</sup> <https://petitions.whitehouse.gov/response/combating-online-piracy-while-protecting-open-and-innovative-internet>, Stand 01.01.2014

## 7.2. Proteste und Ablehnung von SOPA

Während des Gesetzgebungsverfahrens von SOPA ist eine massive Protestbewegung entstanden. Am 18. Januar 2012 ist die englisch sprachige Wikipedia für 24 Stunden nicht aufrufbar gewesen. Sämtliche Artikel wurden mit einem schwarzen Protestbalken unkenntlich gemacht. Auch die Suchmaschine Google beteiligte sich an dem Protest, indem sie 24 Stunden einen Zensurbalken auf ihrem Logo darstellten. Die Bürgerbewegung Avaaz konnte eine Petition mit 3,4 Millionen Online-Unterschriften sammeln, was ihre bis dato erfolgreichste Kampagne war.<sup>83</sup> Am 20. Januar 2012 gab der Vorsitzende des Justizausschusses, Lamar Smith im Repräsentantenhaus bekannt, dass der SOPA Entwurf aus Gründen der massiven Kritik vorerst nicht weiter vorangetrieben werden könne. Dies war für die Kritiker von SOPA zwar ein Teilerfolg, wurde aber durch die Tatsache gedämpft, dass im April 2012 der Cyber Intelligence Sharing and Protection Act (CISPA) vom US Repräsentantenhaus bewilligt wurde.

## 7.3. Cyber Intelligence Sharing and Protection Act (CISPA)

Dieser Gesetzesentwurf soll dazu dienen den Austausch von Informationen über Internetdatenverkehr zwischen US Geheimdiensten und Fertigungs- und Technologieunternehmen zu ermöglichen.<sup>84</sup> Laut US Regierung soll der Gesetzesentwurf das Ziel verfolgen, die Sicherheit von Netzen gegen Angriffe zu schützen und Netzbedrohungen besser untersuchen zu können.<sup>85</sup> Dieser Gesetzesentwurf wurde zwar ebenfalls von Bürgerechtlern kritisiert aber von Konzernen wie Facebook, Microsoft und Intel unterstützt.<sup>86</sup> Laut dem US Abgeordneten der Demokratische Partei im Repräsentantenhauses Jared Polis wird das Gesetz

---

<sup>83</sup> [http://www.avaaz.org/de/save\\_the\\_internet/](http://www.avaaz.org/de/save_the_internet/), Stand 01.01.2014

<sup>84</sup> <http://www.sueddeutsche.de/digital/cispa-us-repraesentantenhaus-winkt-umstrittenes-internet-gesetz-durch-1.1343352>, Stand 14.01.2014

<sup>85</sup> [http://web.archive.org/web/20120522154416/http://www.rules.house.gov/Media/file/PDF\\_112\\_2/LegislativeText/CPRT-112-HPRT-RU00-HR3523.pdf](http://web.archive.org/web/20120522154416/http://www.rules.house.gov/Media/file/PDF_112_2/LegislativeText/CPRT-112-HPRT-RU00-HR3523.pdf), Stand 02.01.2014

<sup>86</sup> <http://www.sueddeutsche.de/digital/cispa-us-repraesentantenhaus-winkt-umstrittenes-internet-gesetz-durch-1.1343352>, Stand 02.01.2014

*"jedes Privatsphärengesetz, das jemals in Kraft getreten ist, im Namen der Cybersicherheit nichtig machen."*<sup>87</sup>

Dieser Gesetzesentwurf wurde innerhalb von 5 Monaten seitens des Weißen Hauses verabschiedet. Hunderttausende von Amerikanern haben sich mit einer Petition gegen dieses umstrittene Internet Gesetz aufgelehnt. Das Gesetz wurde aber schneller als geplant verabschiedet.

## 8. Schlussbetrachtung

Schon Goethe erkannte im 19. Jahrhundert:

*„Zensur und Preßfreiheit werden immerfort miteinander kämpfen. Zensur fordert und übt der Mächtige, Preßfreiheit verlangt der Mindere. Jener will weder in seinen Planen noch seiner Tätigkeit durch vorlautes widersprechendes Wesen gehindert, sondern gehorcht sein; diese wollen ihre Gründe aussprechen, den Ungehorsam zu legitimieren.“*<sup>88</sup>

Diese Aussage von Goethe hat in der digitalen Welt des Internets immer noch Gültigkeit und hat an Aktualität nicht eingebüßt.

Mit der Auseinandersetzung dieser Arbeit wird offensichtlich, dass es unterschiedliche Interessensgruppen gibt. Die einen möchten Informationskontrolle ausüben, die anderen möchten sich vor ihr schützen. Politik und Wirtschaft stehen auf der einen Seite mit der Absicht ihre Macht und ihr wirtschaftliches Interessen zu wahren. Auf der anderen Seite stehen die Bedürfnisse der mündigen Bürger nach Freiheit und Selbstbestimmung.

Die Aussage des Abgeordneten des US-Repräsentantenhauses Jared Polis bestätigt meine These, dass der Staat und seine Organe im Hintergrund, Lobby unterwanderte Privatiers, das Meinungsmonopol wieder zurück gewinnen wollen, nachdem ihnen dieses durch das Internet erstmalig in der Geschichte der Kommunikationstechnologie abhanden gekommen ist.

Die Gefahr der Einschränkung der Meinungsfreiheit im Internet durch den Druck der Unterhaltungsindustrie und deren wirtschaftliche Interessen wird befürchtet.

---

<sup>87</sup> <http://www.sueddeutsche.de/digital/cispa-us-repraesentantenhaus-winkt-umstrittenes-internet-gesetz-durch-1.1343352>, Stand 02.01.2014

<sup>88</sup> Johann Wolfgang von Goethe: *Poetische Werke*. Band 7, Phaidon Verlag, Essen 1999 S. 387

Zusammenfassende Betrachtungen mutmaßen, dass die Menschenrechte im Internet durch Handelsabkommen wie ACTA und Gesetzesentwürfe wie SOPA in Gefahr sind. Diese Gesetzesvorlagen stehen im Widerspruch zu den Persönlichkeits- und Menschenrechten jeden Bürgers wie Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit, Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Damit könnte das Wertesystem der Demokratie in Frage gestellt werden.

Die Tatsache, dass diese Gesetze zwar abgelehnt wurden, da sie Demokratie feindlich und nicht transparent genug waren, aber ähnliche Gesetzesvorhaben im Anschluss daran schnell und ohne breite Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit durchgebracht worden sind, ist auffällig.

Wirtschaftliche Interesse werden vorgeschoben, doch faktisch sind wichtige Menschenrechte wie oben genannt und das Recht auf Datenschutz und Privatleben bedroht.

Aus meiner Sicht der Dinge wird in der Zukunft eine international verpflichtende Gesetzgebung in Kraft treten, welche die Beschneidung der Meinungsfreiheit und des selbstbestimmten Informationsaustausches der Internetkonsumenten nach sich ziehen wird. Dann wird es darauf hinauslaufen, dass die Nutzung des Internets vorwiegend der Unterhaltung und dem daraus folgenden kommerziellen Nutzen dient. Die noch gegebene Informationsfreiheit im Internet hinsichtlich der freien Meinungsäußerung wäre damit massiv eingeschränkt.

Um dieser Entwicklung entgegenzutreten zu können, sollten die Vereinten Nationen ein internationales Schutzabkommen verabschieden mit der Zielsetzung die Integrität des Internets zu wahren. Die bürgerlichen Grundrechte, die Meinungs- und Informationsfreiheit würden dadurch weltweit geschützt werden.

## **9. Abkürzungsverzeichnis**

Abs. = Absatz

ACTA = Anti-Counterfeiting Trade Agreement

AGB = Allgemeine Geschäftsbedingungen

ARPA = Advanced Research Projects Agency

BKA = Bundeskriminalamt



CCC = Chaos Computer Club

CISPA = Cyber Intelligence Sharing and Protection Act

DRM = Digital rights management

ETECSA = Empresa de Telecomunicaciones de Cuba S.A

GAL = Grüne Alternative Liste

GG = Grundgesetz

IANA = Internet Assigned Numbers Authority

ICANN = Internet Corporation for Assigned Names and Numbers

ISP = Internet Service Provider

IP = Internet Protocol

ROG = Reporter ohne Grenzen

SOPA = Stop Online Piracy Act

StGB = Strafgesetzbuch

TAZ = Tageszeitung

WIPO = World Intellectual Property Organization

W3C = World Wide Web Consortium

## 10. Literatur- und Quellenverzeichnis

### 10.1. Literarische Quellen

**Dr. Becker Gisela**, Deutsche Juristen und Ihre Schriften auf den Römischen Indices des 16. Jahrhunderts, Berlin, 1970, Duncker und Humblod

**BVerfGE** 27, 71, 81

**Chang Nancy**, Das Ende der Bürgerrechte? Die freiheitsfeindlichen Antiterrorgesetze der USA nach dem 11. September. Schwarzer Freitag, Berlin, 2004, Andreas Freitag

**Deutscher Bundestag**, „Antrag: Speicherung mit Augenmaß – Effektive Strafverfolgung und

Grundrechtswahrung“, I.10., Drucksache 16/545, 07.02.2006

**Europäische Kommission 2006**, Pressemeldung, „EU-US Summit: EU and US step up joint fight against counterfeiting“, 20.04.2006

**von Goethe Johann Wolfgang**, Poetische Werke. Band 7, Essen, Phaidon Verlag, 1999

**Grundgesetz** der Bundesrepublik Deutschland Artikel 5

**Habermas Jürgen**, Erkenntnis und Interesse, Frankfurt am Main. 1968

**Hartmut Günther, Otto Ludwig**, Schrift und Schriftlichkeit, Berlin, 1994, Walter de Gruyter & Co

**Dr. Heinrich Axel**, Politische Medienethik Zur friedensethischen Relevanz von Medienhandeln, Paderborn, 2013, Verlag Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG

**International Data Corporation** “Expanding the frontiers of our digital Future: Reducing Software Piracy to Accelerate Global ITBenefits“, Studie der IDC, 2005

**Meyn Hermann**, Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, 1990, Colloquium Verlag

**Niggemann, Michael**, Informationsfreiheit und Urheberrecht - Pressedatenbanken im Internet, Hamburg, 2002, Verlag Dr. Kovac

**Petzold Thomas**, Gewalt in Internationalen Fernsehnachrichten: Eine Komparative Analyse medialer Gewaltpräsentation in Deutschland, Großbritannien und Russland. Wiesbaden, 2008, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH

**Rentrop Christian**, Die freie Meinungsäußerung im Internet  
Probleme der Informationskontrolle und Zensur im neuen Massenmedium, Bonn-Rhein-Sieg, 2006

**Sethe Paul**, Der Spiegel Nr. 19, 5.5.1965

**UN-Resolution 217 A 1948**, UN, „Universal Declaration of Human Rights“, (III) vom 10.12.1948

## 10.2. Internet Quelle

**ACTA** URL: [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/december/tradoc\\_147079.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/december/tradoc_147079.pdf)

**ACTA (Anti-Counterfeiting Trade Agreement)** - ohne Auswirkungen auf das deutsche und europäische Recht URL: <http://www.kommunikationundrecht.de/detail/-/specific/ACTA-Anti-Counterfeiting-Trade-Agreement-ohne-Auswirkungen-2053239133>

**Ägyptologie Forum 2013** URL: <http://www.aegyptologie.com/forum/cgi-bin/YaBB/YaBB.pl?action=lexikond&id=050423131748>

**Amnesty International** URL: <http://www.amnesty.de/2012/2/14/eu-darf-acta-nicht-unterzeichnen?destination=startseite>

**ARD - ZDF Onlinestudie 2013** URL: <http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/>

**Avaaz** URL: [http://www.avaaz.org/de/save\\_the\\_internet/](http://www.avaaz.org/de/save_the_internet/)

**Bill Gates 1995** URL: <http://www.redenwelt.de/rede-ideen/anekdoten/von-industrie-bis-islam.html>

### **Bund 2013**

URL: [http://www.bfdi.bund.de/DE/GesetzeUndRechtsprechung/Rechtsprechung/BDSGDatenschutzAllgemein/Artikel/151283\\_VolkszaehlungsUrteil.html;jsessionid=28FC7B50A880972DCCFD1EA0CD0D04A0.1\\_cid136?nn=1236576](http://www.bfdi.bund.de/DE/GesetzeUndRechtsprechung/Rechtsprechung/BDSGDatenschutzAllgemein/Artikel/151283_VolkszaehlungsUrteil.html;jsessionid=28FC7B50A880972DCCFD1EA0CD0D04A0.1_cid136?nn=1236576)

### **Bundesverfassungsgericht Pressemitteilung Nr. 11/2010**

URL: <http://www.bverfg.de/pressemitteilungen/bvg10-011.html>

**Business Software Alliance** URL: <http://globalstudy.bsa.org/2011/index.html>

**Chaos Computer Club** URL: <http://dasalte.ccc.de/updates/2009/filter-pm?language=de>

### **Cyber Intelligence Sharing and Protection Act** URL:

[http://web.archive.org/web/20120522154416/http://www.rules.house.gov/Media/file/PDF\\_112\\_2/LegislativeText/CPRT-112-HPRT-RU00-HR3523.pdf](http://web.archive.org/web/20120522154416/http://www.rules.house.gov/Media/file/PDF_112_2/LegislativeText/CPRT-112-HPRT-RU00-HR3523.pdf)

### **Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung**

URL: <http://www.dguv.de/akademie/Bibliotheken/Internetkurs/Entstehung-des-Internets/index.jsp>

### **Deutscher Bundestag**

[https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/serien/24039384\\_debatten\\_serie/35187072\\_debatten14/index.jsp](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/serien/24039384_debatten_serie/35187072_debatten14/index.jsp)

### **Deutschlandradio**

URL: [http://www.deutschlandradio.de/die-mitwisser-der-internetzensur.331.de.html?dram:article\\_id=252925](http://www.deutschlandradio.de/die-mitwisser-der-internetzensur.331.de.html?dram:article_id=252925)

**Dokumentarchiv 2004** URL: [http://www.documentarchiv.de/ksr/soz\\_ges.html](http://www.documentarchiv.de/ksr/soz_ges.html)

**Electronic Frontier Foundation** URL: <https://www.eff.org/deeplinks/2011/11/proposed-copyright-bill-threatens-whistleblowing-and-human-rights>, Trevor Timm

**Europäisches Parlament** URL: <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20120703IPR48247/html/Europ%C3%A4isches-Parlament-lehnt-ACTA-ab>

**Frankfurter Allgemeine** URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/urheberrecht-musikindustrie-wirft-politik-untaetigkeit-vor-11958341.html>

**Heise** URL: <http://www.heise.de/tp/artikel/12/12127/1.html>

**Juriciary Committee** URL: [http://judiciary.house.gov/issues/issues\\_RogueWebsites.html](http://judiciary.house.gov/issues/issues_RogueWebsites.html)

**Laquadrature** URL: <http://www.laquadrature.net/en/wikileaks-cables-shine-light-on-acta-history>

**Netzpolitik** URL: <https://netzpolitik.org/2013/report-internet-in-kuba/>

**Online Enzyklopädie 2013** URL: <http://www.enzyklo.de/Begriff/ARPANET>

**PC Mag** URL: <http://www.pcmag.com/article2/0,2817,2396518,00.asp?obref=obinsite>

**PC World** URL:

[http://www.pcworld.com/article/244011/the\\_us\\_stop\\_online\\_piracy\\_act\\_a\\_primer.html](http://www.pcworld.com/article/244011/the_us_stop_online_piracy_act_a_primer.html)

**Presserat 1973** URL: <http://www.presserat.info/inhalt/der-pressekodex/pressekodex.html>

**Rechtswörterbuch** URL: <http://www.rechtsworтерbuch.de/recht/i/informationsfreiheit/>

**Reporter ohne Grenzen 2013**

URL: <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/ueber-uns/pressefreiheit-warum/>

**Research and Development** URL: <http://www.rand.org/about/history/baran.html>

**Richtlinie 2006/24/EG** URL: [http://eur-lex.europa.eu/de/dossier/dossier\\_27.htm](http://eur-lex.europa.eu/de/dossier/dossier_27.htm)

**Statista 2013** URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/165375/umfrage/anteil-der-taeglichen-internetnutzer-in-deutschland-seit-2002/>

**Suchmaschine Online** URL: <http://www.suchmaschinen-online.de/technik/geschichte.htm>

**Spiegel** URL: <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/prism-tempora-xkeyscore-nsa-ueberwachung-im-ueberblick-a-912377.html>

**Süddeutsche Zeitung** URL: <http://www.sueddeutsche.de/digital/cispa-us-repraesentantenhaus-winkt-umstrittenes-internet-gesetz-durch-1.1343352>

**Tageszeitung Blog** URL: [http://blogs.taz.de/ctrl/2009/02/15/ccc\\_veroeffentlicht\\_von\\_der\\_leyens-netzsperr-vertrag/](http://blogs.taz.de/ctrl/2009/02/15/ccc_veroeffentlicht_von_der_leyens-netzsperr-vertrag/)

**Universität Oldenburg, Boger, 2009** URL: <http://www.informatik.uni-oldenburg.de/~iug09/zen/sub/geschichte.html#c97>

**Washington Post** URL: [http://www.washingtonpost.com/blogs/post-tech/post/house-introduces-internet-piracy-bill/2011/10/26/gIQA0f5xJM\\_blog.html](http://www.washingtonpost.com/blogs/post-tech/post/house-introduces-internet-piracy-bill/2011/10/26/gIQA0f5xJM_blog.html)

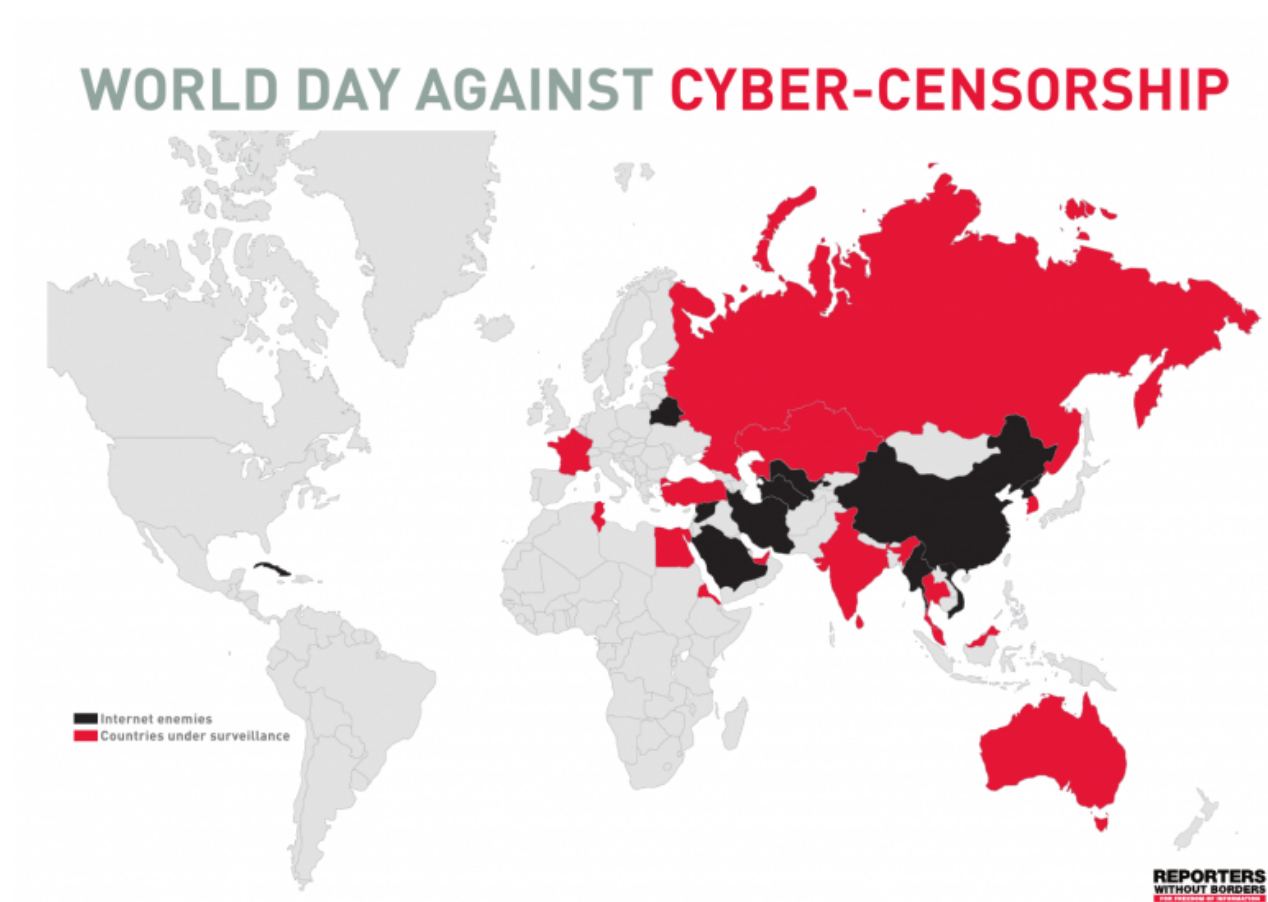
**White House** URL: <https://petitions.whitehouse.gov/response/combating-online-piracy-while-protecting-open-and-innovative-internet>

**World Intellectual Property Organization 2013**  
URL: [http://www.wipo.int/treaties/en/text.jsp?file\\_id=283698](http://www.wipo.int/treaties/en/text.jsp?file_id=283698)

**Zeit** URL: <http://www.zeit.de/digital/datenschutz/2013-07/faq-nsa-skandal>

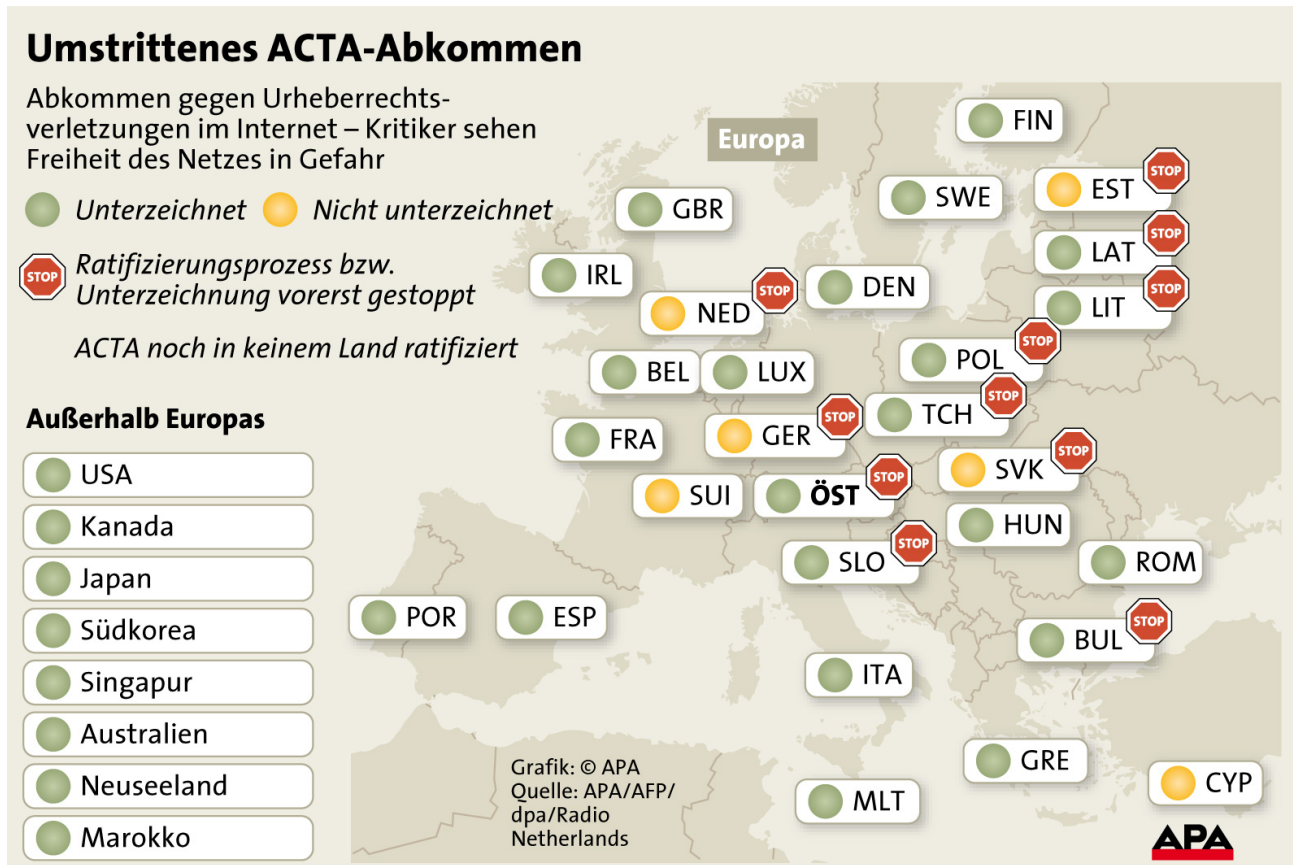
## 11. Abbildungen

Abb. 1 Zeigt eine Übersicht der Weltweiten Zensur im Internet von Reporter Ohne Grenzen



Rot = unter Beobachtung  
Schwarz = Feinde des Internet

Abb.2 zeigt den Ratifizierungsprozess von ACTA innerhalb der Europäischen Union



## 12. Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur angefertigt habe. Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Ort, Datum

Vorname, Nachname

